Nr. 140. Halle a. S., Mittwoch den 19. Juni 1907. 18. Jahrg.

Erscheint täglich nachmittags, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Abonnementspreis monatlich 60 Pfg., vierteljährlich 1,80 Mk. pränumerando, frei ins Haus. Durch die Post bezogen 1,65 Mk. excl. Bestellgeld.

„Die Neue Welt" (Unterhaltungsbeilage), durch die Post nicht bezieh-bar, kostet monatlich 10 Pf., vierteljährlich 30 Pfg.

Telephon Nr. 1047. Telegramm-Adresse: Volksblatt Hallesaale.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Naumburg-Weißenfels-Zeitz, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Expedition: Harz 42/43. Redaktion: Harz 42/43.

Insertionsgebühr beträgt für die 5 gespaltene Petitzeile oder deren Raum 30 Pfennig, für auswärtige Anzeigen 35 Pfennig. Im redaktionellen Teile kostet die Zeile 75 Pfennig.

Inserate für die fällige Nummer müssen spätestens bis vormittags halb 10 Uhr der Expedition aufgegeben sein.

Eingetragen in die Postzeitungsliste.

Eine geschichtliche Erinnerung.

Der freche Gewaltstreich des Zaren und seiner Gehilfen, durch den soeben die Duma auseinandergetrieben und ein neues, noch roheres Wahlsystem wider Gesetz und Recht angeordnet worden ist, hat ein bemerkenswertes Vorbild in einem Vorgange, der vor fast 60 Jahren sich in Preußen abgespielt hat.

Es war am 5. Dezember 1848, als die preußische Nationalversammlung von Friedrich Wilhelm IV. auseinandergejagt wurde. Der König und sein Ministerium Brandenburg-Manteuffel oktroyierten eine neue Verfassung und ein Wahlgesetz für die beiden Kammern. Das Wahlgesetz vom 6. Dezember 1848 schloß sich im wesentlichen den Bestimmungen des Wahlgesetzes vom 8. April desselben Jahres an, wie dieses, setzte es das allgemeine, gleiche und indirekte Wahlrecht fest, nur die Allgemeinheit des Wahlrechts wurde durch die Bestimmung beschränkt, daß zu seiner Ausübung neben der sechsmonatigen Ansässigkeit auch wirtschaftliche „Selbständigkeit" notwendig sei.

Der auf Grund dieser oktroyierten Bestimmungen gewählten Zweiten Kammer war so wenig ein langes Leben beschieden, wie der zweiten Duma Rußlands. Am 26. Februar 1849 trat sie zusammen; aber schon am 27. April wurde sie wieder aufgelöst, weil sie das Verbrechen begangen hatte, auf Antrag Rodbertus' die Rechtsgültigkeit der Frankfurter Reichsverfassung anzuerkennen. Am 30. Mai 1849 wurde sodann das Dreiklassenwahlrecht mit öffentlicher Stimmabgabe oktroyiert, das mit geringen unwesentlichen Aenderungen bis zum heutigen Tage in Preußen besteht.

Gleicht der russische 15. Juni durch seine äußerliche Mache, seine Verschwörungsgeschichten und die Ueberrumpelung des Parlaments, dem 18. Brumaire Frankreichs, so ähnelt er seinem innern Wesen nach viel mehr den beiden preußischen Schandtagen, dem 27. April und dem 30. Mai. Die russische Regierung versucht es nach denselben Rezepten, die vor bald sechzig Jahren von der preußischen mit Erfolg angewendet wurden; sie löst das Parlament so oft auf und verändert so oft durch gewalttätige Eingriffe dessen Wahlgesetz, bis sie eine gefügige Kammer findet, ein Parlament, dessen Schwächlichkeit ihrem Treiben kein Hindernis in den Weg legt, und dessen tiefe Verächtlichkeit zugleich den Parlamentarismus in den Augen des Volkes entwertet. Darum hat die russische Regierung beschlossen, daß die dritte Duma ein preußischer Landtag werden soll. Daß das der Fall ist, gibt der bülow-offiziöse Berliner Lokalanzeiger zu, indem er gestern abend schrieb: **Das neue (russische) Wahlgesetz soll annähernd dem zum preußischen Landtage gleichen.**

Alle Vergleiche, auch geschichtliche, hinken. Der Staatsmann, der sich von ihnen blindlings leiten läßt und nach historischen Schablonen arbeitet, wird bald bemerken, daß scheinbar gleiche Ursachen oft ganz verschiedene Wirkungen zeitigen. So kann es auch Stolypin ergehen, der als russischer Abklatsch eines Otto v. Manteuffel in der Geschichte seinen verdienten Platz finden wird. Manteuffels Staatsstreich glückte, weil ihm verschiedene Umstände zu Hilfe kamen, die ganz außerhalb seiner Berechnung lagen. So der taktische Fehler der Demokratie, die sich in sicherer Erwartung einer neuen Erhebung des Volkes von den Dreiklassenwahlen fernhielt, in ihren Hoffnungen aber enttäuscht wurde durch den wirtschaftlichen Aufschwung der kommenden Jahre, der das ohnehin unpolitisch gestimmte Bürgertum aufs Faulbett streckte und mit der Zahl der Arbeitslosen und Unterernährten auch die Zahl der Hoffnungslosen und Wagemutigen verminderte. Der Kampf um die Einigung des Reichs, die Anerkennung des gleichen Wahlrechts als Reichstagswahlrecht und die daraus folgende Sammlung aller politischen Interessen auf die Reichsangelegenheiten — das alles mußte dazu beitragen, um der russischen Regierung von 1907 das preußische Wahlgesetz vom 30. Mai 1849 als lebendiges Vorbild zu hinterlassen.

Freilich hat noch eines dazu gehört, um dieses Vorbild den russischen Männern des Staatsstreichs als wahrhaft verlockend erscheinen zu lassen, das ist die schier unerhörte, schier unbegreifliche Stumpfheit und Gleichgültigkeit, mit der die Bevölkerung Preußens nun an die sechzig Jahre das Brandmal ihrer Knechtschaft getragen hat. Wer weiß, ob Nikolaus und Stolypin jemals gewagt hätten, was sie jetzt wagten, lebten östlich der russischen Grenzen Menschen von minder frontmer Gemütsart, eine Nation, die den Beweis erbracht hätte, daß sich kein Volk der Welt mit dem Dreiklassenwahlrecht regieren läßt! Warum aber soll sich ein Stolypin scheuen, seinem Volke die dreigeteilte Rute zu flechten, die ein Volk wie das preußische zwei Menschenalter lang ertragen hat!?

Der enge Zusammenhang geschichtlicher Ereignisse ist niemandem besser geläufig als dem aufgeklärten Arbeiter, der zu internationalem Denken erzogen ist. Wir alle begleiten die russischen Vorgänge mit leidenschaftlichster Teilnahme, weil wir wissen, daß der Sieg des Volkes in Rußland auch uns den Weg bahnt, daß hingegen der Triumph der Reaktion in Rußland auch uns manche leuchtende Aussicht versperrt. So sind die russischen Revolutionäre auch in gewissem Sinne Vorkämpfer gegen das preußische Dreiklassenwahlrecht gewesen, und es gibt Politiker in Deutschland, die den Sturz des verhaßten preußischen Systems überhaupt erst von dem vollen Sieg der russischen Revolution erwarteten. Heute aber sehen wir nicht das Dreiklassenwahlrecht mit dem Zarismus fallen; sondern wir sehen umgekehrt den Zarismus an der Arbeit, durch weitere Verschärfung des schon bestehenden Klassenwahlrechts zur Duma nach preußischem Vorbilde seine Herrschaft zu befestigen.

Und nichts ist natürlicher als das! Denn nicht nur wirken die russischen Zustände auf die preußischen zurück, sondern auch umgekehrt die preußischen auf die russischen. Wenn es den preußischen Arbeitern ernst darum ist, ihre russischen Brüder im Kampfe gegen den Zarismus zu unterstützen, so müssen und werden sie im preußischen Dreiklassenwahlrecht die Staatsstreichpolitik Stolypins bekämpfen. So rief einst Freiligrath dem „ernsten Norden" Deutschlands, der atemlos dem Schicksal des belagerten Wien entgegenharrte, zu:

Nicht dorthin sollst du pilgern zur Hilfe, zum Entsatz —
Allwärts, um Wien zu retten, steht du auf deinem Platz!
Räum' auf im eignen Hause! Räum' auf und halte Stich —
Den Jellachich zu schlagen, wirf deinen Jellachich!
Ein dreister Schlag im Norden ist auch im Süd ein Schlag;
Mag fallen unser Olmütz, und Olmütz rasselt nach.

Wir wissen heute freilich, daß es mit „einem dreisten Schlag" nicht getan ist, sondern daß es nimmermüder zäher Arbeit und geduldigster Hinwegräumung zahlloser Hindernisse bedarf, um die Hauptfeste der europäischen Reaktion, das preußische Regierungssystem, zu Fall zu bringen. Im Kampfe gegen dieses System aber findet die Arbeiterklasse Deutschlands seine historische Aufgabe — nicht in allwärts schweifenden Hoffnungen, nicht in tatenlosem Bedauern . . .

Tagesgeschichte.

Halle a. S., 18. Juni 1907.

Der Deutsche war nicht dabei.

Die Auflösung der Duma und die weiteren Gewaltstreiche der russischen Reaktion sind von den im Haag versammelten Vertretern der Mächte lebhaft besprochen worden. Eine Depesche vom Montag meldet: **Die englischen und amerikanischen Delegierten hielten mit dem Ausdrucke ihres Bedauerns nicht zurück.** — Daß auch die deutschen Delegierten sich abfällig über den vom Zaren gebilligten Schurkenstreich Stolypins geäußert hätten, wird nicht berichtet. Für sie gilt vielmehr der Leitgedanke: Des Zaren Freude ist auch unsere Freude.

Offiziöse Katzbalgereien.

Unser Berliner Mitarbeiter schreibt uns:

Federkriege der Offiziösen untereinander sind nichts Seltenes mehr. Regierungen und Nebenregierungen, alte und neue Kamarillen, Reichsämter und Staatsministerien, Zivil- und Militärkabinette, maßgebende Koterien und einflußreiche Cliquen sind eifrig beschäftigt, in den Spalten der ihnen zugänglichen Presse Minen und Gegenminen zu legen. So sind jetzt wieder der Berl. Lokalanzeiger und das Wolffsche Telegraphenbureau einander öffentlich in die Haare geraten. Der Lokalanzeiger hatte am Montagmorgen berichtet:

Besprechungen zwischen Vertretern der maßgebenden Parteien und der leitenden Kreise haben Uebereinstimmung dar-

---

(Nachdruck verboten.)

56]

Die zweite Buße.

Kriminal-Roman von Dietrich Theden.

„Braucht nicht jeder seinen Vers drauf zu machen," sagte Luckner heiter und mahnte zum Aufbruch. Unterwegs erzählte er, um den Freund auf andere Gedanken zu bringen, immerfort brochen. „Die Auktion auf Timmhusen werden wir hinausschieben müssen," neckte er. „Schade, die Arbeiter kommen um das ihnen zugedachte Vermächtnis; wenigstens einstweilen. Du, ganz auf den Kopf gefallen scheinen die Kerle aber doch nicht. Waren wahrhaftig zwei bei mir — der Tabbeck und der Sihr — und wollten Dich zurück haben. Wollten mir ihre werte Meinung mindestens vortragen. Und wenn's auch Selbstsucht ist — ich schreib's ihnen noch nachträglich gut. Selbst dem Roten. . . . Die Kruses fliegen von Neurade weiter. Alle Schiffe kannst Du auch nicht über Wasser halten. Das Kruseiche ist reichlich leck. . . . Den Löhr behalten wir; die Mamsell Sophie mag mit den Schwalben ziehen, aber nicht so bald wiederkommen. Das heißt, meinetwegen kann sie auch bleiben. Mich stört sie nicht. Herbrinck, ist wundervoll, daß es sich ‚ausgeringt' hat. Der Bricher — Achtung! Ehrliche Haut. Dem ist's nah gegangen. . . . Die Schloßmamsell habe ich ermittiert. Intrigierte mit den dummen Zeitungen. Na, nachher wurde auch Vernünftiges geschrieben. Hast Du gelesen? Der ‚Fall Herbrinck!' Der ist noch nicht zu Ende. 'ne Strafe muß mal verjähren, das ist unbedingt erforderlich. Nicht bloß eine, die gar keine rechte war; ich meine, die gar ka'n rechtes Vergehen war. Auch die andere, die wirkliche, die verdiente. Mir sind die Augen aufgegangen. Es muß eine Toleranz geben, die auch dem Gebesserten zugute kommt. Das ‚Lange L' ist mir oft eingefallen. Das Purzeln kommt leicht; das Aufrichten muß auch erleichtert werden. Und wenn dann noch so und so viel Jahren die Bosheit was anflicken will, hat sie's Maul zu halten."

Der Graf hatte vertraulich seinen Arm in den des Begleiters geschoben, und die beiden vornehmen Gestalten erregten in der belebten Potsdamerstraße vielfach Aufmerksamkeit. Luckner focht das nicht an. Er hatte für die auf und ab schiebenden Menschen weder Ohr noch Auge.

„Wie lange hast Du Dich in Hamburg aufgehalten?" fragte er den Begleiter.

„Einen Tag. Um die Briefe zu schreiben," erklärte Herbrinck.

„Und Du wähntest wirklich alle Brücken hinter Dir abgebrochen?"

„Ich hatte zwei Jahrzehnte getragen — und sah alles zerstört."

„Natürlich, die Schuld war Dir förmlich suggeriert worden. Und was die einen angefangen hatten, setztest Du selber fort. Gott sei Dank, das Gewitter hat reinigend gewirkt. Das hat sich der giftige Komödiant wahrlich nicht träumen lassen. Selbst die Bosheit kann als Vorspann dienen. Ja, ja, ganz blind ist die Themis doch nicht. Sie schielt mitunter sogar tüchtig über die Binde. Wollen wir den Schumann abholen? Na, telephonieren tut's auch. In'n Stundenet drei wird die Jüngste daheim Augen machen. Und dann die andern. Ich sehe ordentlich, wie die Boten auf Neurade und Tönnborp ankommen. Der Waldemar wird auch vergnügt sein, daß sein Pate ihm nicht durchgebrannt ist. So'n Bengel hätte ich vor'n anderthalb Dutzend Jahren auch gern ankommen sehen. Na, wer weiß, wozu es gut war. Schulden haben mir die Mädel wenigstens nicht gemacht. So'n Leutnant aber — brrr. Spiel, Pferde, Weiber — die Passionen kenn' ich. Jetzt müssen wir da ran. Halt, ich sehe schon. Bitte!"

Er schob den Freund voran und übernahm erst im Lokal die Führung.

„So, da wären wir. Nun den dicken Schumann her."

Luckner telephonierte selbst.

„Wer da? Schumann? Hier Luckner. An der Quelle, verehrter Herr Schumann. Mit dem Freunde. Herbrinck. Tausend Dank. Und die Bitte: kommen Sie gleich. Der Eisküler ist bereits in Diensten. Wann? In einer Viertelstunde? Charmant. Auf Wiedersehen."

Der Spediteur führte sich bei Herbrinck mit einer Entschuldigung seiner Indiskretion ein.

Herbrinck stieß mit ihm an.

„Wo die Absicht so gut war, kann ich nur danken," versicherte er schlicht.

Der Abend vereinigte die drei im Hotel Bristol.

Zwei Depeschen an Luckner langten fast zugleich an:

„Das glaube ich, daß es Euch gefällt. Macht nur, daß Ihr heimkommt. Tönnborp und Frau."

„Der Mai und die Freude bieten ihr Willkommen! Die von Timmhusen und Neurade."

„Ich wette doch, daß die Kleine selbst bei der jungen Frau gewesen ist," sagte Luckner. „Und mit von Menge, daß er das erraten läßt."

Siebzehntes Kapitel.

„Mich soll nur wundern," sagte Luckner unterwegs im Coupé, „wie lange es noch dauern wird, bis die Elektrizität auch auf den Fernbahnen den Dampf verdrängen wird. Stiller wird es dann auch nicht zugehen, aber das qualmende Ungetüm an der Spitze des Zuges wird man doch nicht ungern missen. Sieh doch nur, wie die Schwaden sich stickig über das Feldgrün lagern. Brrr — und wie der Ruß durchs Fenster fliegt. Ich werde zumachen und auf der andern Seite öffnen."

Herbrinck ließ, während der Graf mit dem Schließen des einen Fensters beschäftigt war, das andere herunter und zog gleich die Gardine vor.

„Die wird etwas schützen," meinte er, „auch vor dem Staub. Und der ist wohl lästiger als der Qualm."

„Und wird auch bei der Elektrischen nicht abnehmen. Vollkommen ist eben nichts. Nicht ma' 'n Mensch. Nicht mal Du."

Herbrinck lächelte.

„Davon bin ich überzeugt, Graf —"

„Natürlich, hast Dich ja schon für drelviertel ladiert gehalten. Das ist aber gerade so falsch wie das andere, daß Du — immer ein ruhiger, besonnener Mensch — plötzlich den Kopf verlieren könntest. Freut mich nur, Herbrinck, daß ich auch mal den meinen für Dich einsetzen durfte, nachdem es so lange umgekehrt gewesen ist. Ich habe übrigens noch vom Hotel aus eine Drahtnachricht geschickt, um welche Zeit wir ankommen. Wegen des Wagens. Und abholen werden sie uns auch wollen. Weiter, wenn man einen lieben Menschen wiedergefunden hat, merkt man erst, wie gut man ihm war. Nun mag kommen, was da will — auf Timmhusen soll uns niemand mehr die Eintracht stören. Bisher hast Du allein gewirtschaftet. Laß mich von nun an ein bißchen mittun, Dir ein bißchen mehr Kamerad sein, statt Dir bloß zuzuschauen. Dann bleibt für Dich auch mal Zeit zum Aufatmen, und über dem ewigen Plagen verlernst Du das Lachen nicht. . . . Hin nach Berlin hatte ich eine andere Gesellschaft, wenigstens die Hälfte des Weges. Eine Grünkram- oder Schlächter- oder Bäckermadam mit so'n fünfzig Mille Brillanten; 'n Kosten für gute drei Normale. . . . Hast Du Majestät in Berlin gesehen? Nein? Ich auch bloß die Standarte auf dem Schloß. Die Schloßfreiheit futsch, das Denkmal des ersten Wilhelm da, der neue Dom — 's hat sich manches um das Schloß zum Vorteil verändert. Wart' einmal, ich glaube, wir sind nicht mehr fern von Friedrichsruh. Oder schon vorbei? Wahrhaftig. Das ist schon Reinbeck. Schade. Auf der Hinfahrt habe ich's in Gedanken auch verpaßt. Und hätte doch gern mal einen Blick auf die Schlummerstätte des alten Riesen geworfen. . . . Jetzt noch anderhalb Stunden — na, kleine zwei, dann sehen wir heimische Gesichter. Die Bahnfahrt ist mir greulich. Aber so ist man: ginge es noch mal so schnell, würde es immer noch nicht reichen."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219070619-19/fragment/page=0001

über ergeben, daß bei dem in absehbarer Zeit zu erwartenden Rücktritt des Kultusministers nur ein Nachfolger in Frage kommt, der derselben politischen Richtung angehört wie Herr v. Studt. Ein Systemwechsel dürfte nicht beabsichtigt sein.

Mit ungewohnter Schnelligkeit, wenige Stunden später, erschien **ein Dementi des Wolffschen Telegraphenbureaus: „Wir sind ermächtigt, diese Nachricht für eine Erfindung zu erklären.“ Wozu hinwiederum Scherl am Abend berichtigt:**

Wenn das Wolffsche Bureau behaupten will, derartige Besprechungen hätten nicht stattgefunden, so ist es **schlecht unterrichtet.** Will das Telegraphenbureau nur bestreiten, daß eine Uebereinstimmung der Anschauungen erzielt wurde, so ist das eben Ansichtssache, und **über Ansichten soll man bekanntlich nicht streiten.** (Scherl's Prinzip! D. Red.) **Wer recht hat, wird die Zukunft lehren.**

Die Zukunft wird vermutlich lehren, daß Scherl recht hat; denn Herr v. Studt wird einen gleichwertigen Nachfolger erhalten. Die Lehren der Gegenwart sind darum nicht minder interessant. „Leitende Kreise“ (Bülow?) halten Besprechungen mit Vertretern der „maßgebenden Parteien“ (Konservativen und Zentrum), um diese zu versichern, daß trotz des liberalen Aufschwungschwindels alles beim Alten bleiben soll. Ein politischer Intrigant verrät — vielleicht in der Absicht den Block zu sprengen und die konservativ-ultramontane Paarung an dessen Stelle zu setzen — das Geheimnis dieses Nebenversicherungsvertrags. Die „leitenden Kreise“, erschreckt von der unzeitigen Veröffentlichung, erinnern sich des schönen Spruches „Si fecisti, nega!“ „Wenn du's getan hast, leugne es ab“ und betrauen mit dieser ehrenvollen Aufgabe das Wolffsche Bureau. Wie kommt aber der offiziöse Scherl dazu, gegen die Blockpolitik der Regierung zu intrigieren? In „leitenden Kreisen“ muß eine schöne Verwirrung herrschen, wenn sie nicht einmal mehr unter ihren „Sauhirten“ — so nannte Bismarck in zärtlichem Sauherdenton seine Offiziösen — Ordnung halten können!

Der Kluge baut vor.

Nach Art des Reichslügenverbandes, der seine Kübel gegen die Sozialdemokratie richtet, hat sich auch ein anti-ultramontaner Reichsverband gebildet, der das Zentrum bekämpfen will. Da nun Bülow unter dem Zickzackkurs nie wissen kann, wie und wann er das Zentrum wieder braucht, hat er auf das an den Kaiser gerichtete Huldigungstelegramm des anti-ultramontanen Reichsverbandes von dessen Eisenacher Delegiretentage folgendes Antworttelegramm gesandt: „Se. Majestät der Kaiser und König beauftragen mich, Sr. Exzellenz für die patriotischen Begrüßungen des gegründeten Verbandes Seinen Allerhöchsten Dank zu übermitteln. Se. Majestät hoffen, daß der Verband, der sich **gegen eine Vermischung von Religion und Politik wendet,** in den eigenen Reihen diesem Irrtum keinen Raum geben und nicht vergessen wird, daß eine Besserung unserer politischen Verhältnisse **nur auf der Basis der Parität der Konfessionen** möglich ist.“ Parität der Konfessionen — das Schlagwort des Zentrums, mit dem es gerade seine Religionspolitik macht und das sich Bülow ausdrücklich aneignet! — Auf die Herren bürgerlichen „Anti-Ultramontanen“ wird deshalb das Telegramm wirken wie eine Ohrfeige. Sie wollen „liberale“ Kirchenpolitik und man antwortet ihnen trotz aller Blockaufopferung, daß die Römlinge im Deutschen Reich genau soviel Rechte haben, als die Lutheraner. — Der Kluge baut eben vor!

Der unwürdige Beamte.

Wer ist ein unwürdiger Beamter? Natürlich der, welcher sich ehrenrühriger Handlungen schuldig macht, sein Amt nicht ausfüllt, vielleicht auch in seinem privaten Leben zu berechtigtem Mißachtung Anlaß gibt! Das ist ein unwürdiger Beamter. — So sollte man meinen. Im königlich preußischen Ordnungsstaat jedoch hat schon mancher Beamte sich nach der einen oder andern der angedeuteten Richtungen unwürdig gemacht und ist doch Beamter geblieben. Nein, in Preußen wird die Würdigkeit eines Beamten nach ganz anderem Maße gemessen. Das lehrt folgendes reizvolle Geschichtchen:

Drei Bewohner einer pommerschen Gemeinde, nämlich der Vorsteher, der erste Schöffe und der stellvertretende Schöffe, waren im Vorjahre, verdrossen über einen von ihrer Gemeinde verlorenen Prozeß, Mitglieder der sozialdemokratischen Partei geworden. Es wurde ruchbar, und die Folge war ein hochnotpeinliches Disziplinarverfahren. Die drei Beamten beriefen sich auf den Artikel 4 der preußischen Verfassung, in dem es heißt: „Die öffentlichen Aemter sind unter Einhaltung der vor den Gesetzen festgestellten Bedingungen für alle dazu Befähigten gleich zugänglich.“ Dagegen wurde seitens des Landrats auf den § 2 des Disziplinar-Gesetzes vom 21. Juni 1852 verwiesen, der festsetzt: „Ein Beamter, welcher 1. die Pflichten verletzt, die ihm sein Amt auferlegt, oder 2. sich durch sein Verhalten in oder außer dem Amt der Achtung, des Ansehens oder des Vertrauens, die sein Beruf erfordert, unwürdig zeigt, unterliegt den Vorschriften dieses Gesetzes.“ — Im Verlauf der Untersuchung gingen zwei der Angeschuldigten allen Weiterungen aus dem Wege, indem sie ihren Austritt aus der sozialdemokratischen Partei vollzogen. Der dritte ließ die Dinge an sich kommen. Diese gipfelten schließlich darin, daß der Kreisausschuß ihm gegenüber, weil die Sozialdemokratie „umstürzlerische Bestrebungen gegen Monarchie und Gesellschaft“ hege, auf Entfernung aus dem Amt erkannte, ein Urteil, das nunmehr auch der Disziplinar-Senat des Ober-Verwaltungsgerichts nach Berufung des „Angeklagten“ bestätigt hat.

Es ist noch nicht allzu lange her, da wurde von einer handschriftlichen Randbemerkung Wilhelms II. berichtet, die sich auf den einstigen sozialistischen Minister Millerand bezog und das Bedauern ausdrückte, daß wir nicht einen solchen Mann hätten. Nach der trotzdem fortgesetzt praktizierten Maßregelung sozialistischer Beamten scheint es fast, als halte man einen roten Gemeindeschöffen für ein staatsgefährlicheres Subjekt als einen dito Minister. Vielleicht, weil diese bei uns doch immer „aus der Hand fressen“?

Vom neuen Hofskandal.

In einer Zuschrift an ein Berliner Mittagsblatt teilt M. Harden mit: Die Herren Fürst Eulenburg und Graf Moltke wissen mindestens seit dem Dezember 1906, warum ich sie bekämpfen zu müssen glaube. Wissen es aus dem Munde eines Mannes, der von ihnen (oder von einem der beiden) als Friedenstifter zu mir geschickt worden war, nachdem die Artikel Praeludium und Dies irae (16. und 23. November) in der Zukunft erschienen waren. Fünf Monate danach, zwei Wochen nach der Intervention des Kronprinzen, hat einer der beiden Herren, der dreiundzweiß Tage vorher (seitdem nicht mehr) in der Zukunft erwähnt worden war, mich wegen der über ihn veröffentlichten kritischen Bemerkungen zum Zweikampf herausgefordert. Das von mir erbetene Gutachten eines Generals, eines hohen Zivilbeamten, eines jüngeren Offiziers, lautete einstimmig: Auch wenn die besonderen Umstände des Falles nicht die Annahme der Herausforderung verböten, wäre sie abzulehnen, weil sie viel zu spät und offenbar erst unter dem Druck äußerer Vorhältnisse erfolgt ist. Ich habe die Herausforderung abgelehnt. Die Tatsache der Herausforderung ist nicht von mir in die Oeffentlichkeit gebracht worden.“

Hochwürdens Rache.

In der bayrischen Gemeinde Inchenhofen, Bezirksamt Aichach, war von den Einwohnern am Tage nach der Landtagswahl an die Lokalschulinspektion die schriftliche Bitte gerichtet worden, in der Werktagsschule den vielfach üblichen Abteilungsunterricht zu genehmigen, demzufolge das sechste und siebente Schuljahr die Schule von 7 bis 9 Uhr und das vierte und fünfte Schuljahr die Schule von 9 bis 11 Uhr besucht. Darauf lief folgende Antwort ein:

Auf das für die heilige ganz katholische Pfarrgemeinde so bestehende und schandvolle Ergebnis der gestrigen Wahlen hin kann ich mich durchaus nicht dazu verstehen, dem Ansuchen der Marktgemeindeverwaltung um Einführung der sogenannten Wechselschule entgegenzukommen. Das also ist die Antwort auf meine so väterlichen Worte vom Pfingstl hlg. Tag. Das kath. Pfarramt. U. Krammer, Pfarrer.

Aha, denkt der ahnungsvolle Leser: da wird die ganze Gemeinde den Sozi gewählt haben. — Aber nein! So Fürchterliches kommt in einer bayrischen Marktgemeinde nicht vor. Das „schandvolle Ergebnis“ der Wahl war: 118 Stimmen für das Zentrum, 10 für die Liberalen, 6 für den Bauernbund und einen für den Sozialdemokraten. Wessen wäre der Papst von Inchenhofen erst fähig gewesen, wenn fünfzig oder hundert Stimmen auf den Sozialdemokraten gefallen wären!

Ein Residenzschloß soll für Wilhelm II. nun doch noch in Posen erbaut und im September durch den Kaiser der Grundstein dazu gelegt werden.

Aus dem Schullande Preußen. Im Dorfe Bythin, Kreis Samter, unterrichtet nach der Preuß. Lehrerztg. ein Lehrer fünf Klassen mit 340 Kindern. Einige Klassen haben nur zweimal in der Woche Unterricht. Die Wiederbesetzung der zwei erledigten Schulstellen ist nicht möglich, weil ein Klassenzimmer vom Kreisarzt geschlossen und in dem anderen Zimmer die Decke eingestürzt ist; mietweise sollen Wohnungen in dem Dorfe nicht zu haben sein.

An Entkräftung gestorben. Eine obdachlose Frau befand sich in Westpreußen mit ihrem drei Monate alten Kinde auf der Wanderung. Unterwegs verstarb das Kind, und die Frau begrub es in aller Stille. Nun kam man auf den Gedanken, daß das arme Weib das Kind getötet haben könne; der kleine Leichnam wurde ausgegraben, bei der ärztlichen Untersuchung stellte es sich aber heraus, daß das Kind an Entkräfung verstorben war.

Eine große Automobil-Rennbahn soll auf Anregung des Kaisers errichtet werden. Als Platz wird die Lüneburger Heide genannt. Das Projekt würde einige Millionen Mark kosten. Der reiche Bankier Friedländer, mit dem Wilhelm II. in der Hofloge den Plan besprach, soll bereits die Finanzierung des Unternehmens zugesagt haben.

Eine patriotische Edelste. Die Baronin v. Seydlitz hat ihre im Kreise Mogilno gelegene, 3000 Morgen große Herrschaft Winice für eine Million Mark an den bekannten polnischen Güteragenten Martin Biedermann in Posen verkauft.

Ein Afrikaner. In Augsburg warf der Oberleutnant Fürst vom 3. Inf.-Reg. einem Soldaten das schwere Gewehr mit Wucht auf den Unterleib. Der Mann mußte unter furchtbaren Schmerzen vom Platze getragen werden und liegt im Lazarett. Wie die bürgerliche Presse berichtet, war dieser Offizier längere Zeit bei den deutschen Kolonialtruppen in Afrika, wo er sich „sehr bewährt“ habe.

Krieg im Frieden. Auf dem Truppenübungsplatz Elsenborn im Rheinland verunglückten zwei Soldaten vom 30. Inf.-Reg., die zur Bedienung der Artillerieziele beim Scharfschießen des 40. Inf.-Reg. kommandiert waren. Einem Musketier wurden sämtliche Finger an beiden Händen weggerissen, und außerdem trug er schwere Unterleibsverletzungen davon. Der andere Musketier wurde leichter verletzt.

Der verweigerte Fackelzug. In einer Versammlung der Hamburger Schlächtergesellen teilte der Vorsitzende mit, daß der Gesellenausschuß gebeten worden sei, die Gesellen möchten zu Ehren der auswärtigen Delegierten, die in Hamburg den Verbandstag der deutschen Fleischer besuchen, einen Fackelzug arrangieren. Der Ausschuß lehnte das Ersuchen rundweg ab und erklärte, daß die Hamburger Schlächtergesellen keine Veranlassung hätten, die Arbeitgeber durch eine solche Huldigung zu ehren.

Ausland.

Oestreich. Die sozialdemokratische Fraktion des Reichsrates hat vor dem Zusammentritt des Parlaments in mehreren Sitzungen ihr Arbeitsprogramm festgelegt. Es wurden nachfolgende Beschlüsse gefaßt: Wegen der Mißbräuche bei den galizischen Wahlen und wegen der Beamtenmaßregelungen werden Dringlichkeitsanträge eingebracht. Hierauf wurde beschlossen, eine Interpellation an die Regierung zu richten, wie sie sich zu der neuesten Phase der russischen Revolution und den hieraus entspringenden Gefahren für den europäischen Frieden stelle und wie sie sich zu verhalten gedenke zu den neuerlichen finanziellen Ansprüchen der russischen Regierung. Sodann wurden dem großen Gebiete der Sozialpolitik diejenigen Anträge ausgewählt, die ohne längere Vorbereitung eingebracht werden können. Hierzu gehören in allererster Linie die Alters- und Invaliditätsversicherung mit der Witwen- und Waisenversorgung. Ferner werden Reformanträge vorbereitet werden bezüglich der Arbeitszeit der Frauen und Kinderarbeit, des Achtstundentages in den Bergwerken. Eine Reform der Grundsteuer mit der Tendenz der Entlastung der kleinsten Landwirte, eine Unterstellung der landwirtschaftlichen Arbeiterschaft unter die Arbeiterschutzgesetze und ihre Befreiung von der Gesindeordnung gehören ebenso zu den nächsten Arbeiten. Sodann wurde beschlossen, drei Ausschüsse zu wählen, die in kürzester Zeit die einzubringenden Anträge auszuarbeiten und vorzulegen haben. Zu diesen Anträgen gehören auch die betreffend eine Wahlreform im Sinne der **Ausdehnung des Wahlrechts auf die Frauen,** die Herabsetzung der Altersgrenze auf 21 Jahre und die Aufhebung der Seßhaftigkeitsklausel, ein Antrag auf Herabsetzung der Militärdienstzeit auf zwei Jahre und schließlich ein Antrag auf Aufhebung der Todesstrafe.

Oestreich. Bei der gestrigen Eröffnung des Reichsrats erschienen die Sozialdemokraten in geschlossenem Zuge im Saale. Sie trugen alle rote Mäntel während sich die Christlichsozialen in weiße Mäntel gehüllt und die Deutschsozialen Kornblumen angesteckt hatten. Beim Kaiserhoch erhoben sich die Sozialisten zwar von den Sitzen, stimmten aber nicht mit in das Hoch ein. Zur Verlesung der Thronrede in der Wiener Hofburg werden am Mittwoch zwölf Sozialdemokraten, aller Nationalitäten angehörig, erscheinen.

England. Unterhaus und Oberhaus. Die Frage des Verhältnisses zwischen den beiden Häusern des englischen Parlaments soll nach den dieser Tage erfolgten Ankündigungen der Regierung noch in dieser Session, nämlich am 24. Juni, zur Erörterung gelangen. Die Regierung löst damit ein Versprechen ein, das sie bereits bei Eröffnung der laufenden Session in der Thronrede gegeben hat. Die Reform ist unerläßlich. In England regiert das Volk sich selbst durch die von ihm ins Parlament entsandten Vertreter; die Regierungsgewalt fällt der jeweilig durch die Entscheidung der Wähler berufenen Partei zu. Solange im Unterhause die konservative Partei die herrschende ist, kommt der Wille der jeweiligen Mehrheit in der Politik und der Gesetzgebung klar und uneingeschränkt zum Ausdruck. Denn in dem durch „geborene Gesetzgeber“ besetzte Oberhaus verfügt die konservative Partei beständig über eine Mehrheit. Anders, wenn, wie zurzeit, im Hause der gewählten Vertreter der liberalen Partei die Mehrheit und damit die Regierungsgewalt hat. Ihre Politik muß zum großen Teile unfruchtbar bleiben, da das Oberhaus nach der bestehenden Verfassung es in der Hand hat, alle Gesetze zu vereiteln. Das ist zum Beispiel in dieser Session mit der Schulvorlage geschehen, obwohl diese den Wünschen der überwältigenden Mehrheit des Volkes entsprach.

Dieser Zustand ist unhaltbar geworden, und es soll nun mit dem Kampf gegen die Vorrechte des Hauses der Lords Ernst gemacht werden. Die Regierung hat dem Unterhause eine Resolution vorgelegt, in welcher die Notwendigkeit betont wird, das Veto-recht der Lords gegenüber den Beschlüssen des Unterhauses soweit einzuschränken, „daß die letzte Entscheidung dem Unterhause vorbehalten bleibt“. Es ist demnach nicht auf eine gänzliche Beseitigung des Oberhauses abgesehen sondern auf eine Beschränkung seiner Rechte. Es ist möglich, daß die Lords sich nicht freiwillig ihrer Privilegien begeben werden, daß es zu Neuwahlen kommen wird. Auf die Dauer kann sich aber ein an parlamentarische Regierung gewöhntes Volk nicht gefallen lassen, daß der Gang der Gesetzgebungsmaschine von einer kleinen Anzahl Veotorechtigter in einer so unverhältnismäßig starken Weise beeinflußt wird. So etwas läßt sich nur das preußische Volk gefallen.

Frankreich. Ein Landarbeiterstreik ist im Departement der Brie ausgebrochen. In dieser Gegend existieren Güter von ziemlich erheblichem Umfange, die meisten der Bauern besitzen 120 bis 250 Hektar Boden, den sie von 30 bis 40 ständigen Arbeitern kultivieren lassen. Ihre Profite betragen alljährlich bis in die Zehntausende. Die Landarbeiter erhalten jetzt während der Hälfte des Jahres einen Tagelohn von 2.40 Mk., während der übrigen Zeit 2.80 Mk. bis 3 Mk., die an der Dreschmaschine beschäftigten Arbeiter 36 Pf. pro Stunde. Die Forderungen der Streikenden gehen dahin: 3.20 Mk. Tagelohn während neun Monaten des Jahres und 2.80 Mk. während der übrigen Zeit, sowie eine Erhöhung des Stundenlohnes für die Drescher um 8 Pf. Die Grundbesitzer haben sich zur Abwehr in einer Organisation vereinigt.

Der gestrige Ministerrat beschloß die Eröffnung des Strafverfahrens gegen den Führer der südfranzösischen Winzerbewegung. Die entsprechenden Anweisungen sind den Gerichtsbehörden sofort telegraphisch zugegangen. Die Stimmung unter der Bevölkerung ist eine sehr erregte, da Gerüchte umlaufen, der Bürgermeister von Narbonne solle verhaftet werden. Truppen sind zur Verhütung von Unruhen eingetroffen.

Italien. Infolge der Enthüllungen der Italie, daß viele Richter in Genua gemeinsame Sache mit betrügerischen Börsenmaklern machten, beauftragte der Justizminister den Generalprokurator von Venedig mit einer Enquete, der zufolge schon ein Richter dem römischen Kassationshof übergeben worden ist.

Vom Friedenskongreß im Haag.

Es wurde die Einsetzung von vier Kommissionen beschlossen für die Fragen des Seekrieges, des Landkrieges, des Schiedsgerichts und der Genfer Konvention. — An 3000 Personen veranstalteten am Sonntag unter der Führung von Domela Nieuwenhuys eine Kundgebung gegen die Friedenskonferenz. Es wurde betont, daß die Duma am Tage der Eröffnung der Konferenz aufgelöst worden sei. Nieuwenhuys forderte die Arbeiter auf, während eines Krieges in den Ausstand zu treten, um den Transport von Lebensmitteln und Munition zu verhindern. Die anderen Redner äußerten sich in demselben Sinne. Die Versammlung nahm eine Resolution an, die sich für den Ausstand der in den Transportgewerben beschäftigten Arbeiter ausspricht.

Infolge des Gerüchtes, der zweite Delegierte einer südamerikanischen Republik sei ein Anarchist aus Neapel, hat die Konferenz eine Untersuchung eingeleitet. Das wäre ja auch schrecklich, wenn sich ein Anarchist unter die Diplomaten gemischt hätte!

Die gedrückte Stimmung, in welche die Nachricht vom Staatsstreich in Rußland die Delegierten versetzt hat, findet in mancherlei Aeußerungen ihren Ausdruck. Man erinnert sich daran, daß die erste Duma aufgelöst wurde an dem Tage, als in London die erste internationale Konferenz zusammentrat. Damals rief der jetzige englische Premierminister Campbell Bannerman aus: „Die Duma ist tot; es lebe die Duma!“

Zur Revolution in Rußland.

Zum zweiten Staatsstreich.

Die Kadetten sehen nun, wohin ihre Taktik geführt hat. Sie glaubten durch schwächliche Nachgiebigkeit, durch Verleugnen ihrer Grundsätze und Ueberzeugungen das bestialische Zarentum besänftigen und überwinden und die Duma vor der Auflösung bewahren zu können. Sie haben durch diese Taktik nur sich selbst geschwächt und die Frechheit der Regierung ins ungemessene gesteigert. Mit welcher Gewissenlosigkeit die Regierung ihr eigenes Grundgesetz gebrochen hat, lehrt der Artikel 87 der Verfassung. Er lautet: „Während der Unterbrechungen der Arbeiten der Reichsduma kann der Ministerrat bei außerordentlichen Umständen Maßnahmen, welche legislative Beratungen erfordern, diese Sr. Majestät selbst unterbreiten. Diese Maßnahme kann jedoch nicht erstreckt werden: weder auf die Aenderung der Grundgesetze, noch auf das Statut des Reichsrates und der Reichsduma, **noch auf die Wahlgesetze** für den Reichsrat und die Duma.“ . . . Artikel 94: „Kein Gesetz kann anders als kraft eines anderen Gesetzes abgeschafft werden. So bleibt das gegebene Gesetz, sofern es nicht durch ein neues positiv abgeändert ist, vollkommen in Kraft.“ . . . Sogar nach den aufs schändlichste zugestutzten Grundgesetzen vom 6. Mai 1906 muß das Manifest des Zaren als schnöder verbrecherischer Verfassungsbruch qualifiziert werden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219070619-19/fragment/page=0002

Und just zur selben Zeit, da dies geschieht, entbietet die Haager Friedenskonferenz dem Blutzaren „ihre ehrfurchtvollste Huldigung.“...

Fürwahr, ärger kann die „Gesetzlichkeit“, die „Friedensliebe“ der Vertreter der herrschenden Klassen nicht an den Pranger gestellt werden, als durch diese Huldigung eines gekrönten Verbrechers, der Gesetz und Recht und Menschlichkeit mit Füßen tritt!

Nach dem Staatsstreich.

Von den 15 verhafteten sozialdemokratischen Abgeordneten gelang es 7 zu entfliehen. Am heutigen Dienstag soll in Petersburg der Generalstreik erklärt werden. Die Massenverhaftungen dauern fort.

Die gesamte Flotte des Schwarzen Meeres wurde vorläufig außer Dienst gestellt. 700 Matrosen wurden verhaftet. Die Geschütze wurden unbrauchbar gemacht.

Die Stockrussen werden durch das neue Wahlsystem bevorzugt, die Bauern und Arbeiter dagegen fast rechtlos gemacht.

Nur wenige Zeitungen sind am Montag in Petersburg erschienen. Die konservativen Blätter beglückwünschen den Zaren zu seinem Vorgehen.

Auf den Kreuzer des Vizeadmirals Biren wurde bei Sebastopol ein Witheod-Torpedo gefeuert. Alle Offiziere des Torpedoboots sind verhaftet worden.

Die Bauernrevolten sind nach den nunmehr genauer vorliegenden Nachrichten viel umfangreicher, als die Regierung zugeben mag. Nachdem die Bauern erkannt haben, daß das Ziel der Agrarpolitik der Regierung darin besteht, die Unantastbarkeit des Großbesitzes zu verewigen, greifen sie hoffnungslos und verzweifelt zum letzten Mittel der gewaltsamen Zerstörung der Gutshöfe. Wie im Mittelalter in den deutschen Bauernkriegen laufen da gar manche Roheiten mit unter. Aber man darf nicht vergessen, daß die Bauern bis aufs Blut gereizt worden sind und daß sie seit Jahren beständig Hunger leiden müssen. Statt ihnen entgegenzukommen, schickt die Regierung Soldaten in die Dörfer und läßt die Bewohner niederknallen, einerlei ob Frauen, Kinder oder Greise. So vernichtet sich das Volk gegenseitig. Die verzweifelten Bauern schlagen die Soldaten tot, wenn diese in der Minderheit sind, und die Soldaten schlachten die Bauern ab, wenn sie ihrer Herr werden können. — Besonders blutig geht es jetzt zu in den Gouvernements Kiew, Poltawa, Cherson, Saratow, Wensa, Grodno, Smolensk, Tula, Twer und Kaluga. — Wie der entsetzliche Zustand enden wird? Stolypin wird im Blute waten, bis er selbst in seinem Blute erstickt.

Parteinachrichten.

— Ein tapferer Mann. In Krölpa bei Pößneck hatten unsere Genossen einen sozialdemokratischen Verein gegründet. Die Lokalitäten des Wirtes Zschache standen ihnen zur Verfügung, und zwar waren die Bedingungen schriftlich niedergelegt worden. Am 9. Juni sollte nun eine öffentliche Versammlung stattfinden. Da scheinen aber gewisse Herren eine Heidenangst bekommen zu haben. Dem Vorsitzenden, Genossen Langer, ging nämlich folgender Brief zu:

„An Herrn Langer, Pößneck!

Hierdurch hin ich gezwungen (!), Ihnen mitzuteilen, daß **es meine Frau** und meine Eltern auf keinen Fall erlauben, daß sozialdemokratische Versammlungen in unserem Lokale abgehalten werden. Hinsichtlich des Vertrages will mich mein Vater in jeder Weise decken.

Krölpa, den 7. Juni 1907.

Gasthof zum Blauen Engel.
Otto Zschache.
Ida Zschache, Frau,
Clemens Zschache, Vater.“

Der Herr Zschache muß wohl ein gehöriger Pantoffelheld sein, denn er wird aus Furcht vor seiner Frau sogar kontraktbrüchig. Oder sollten die Gründe doch etwas tiefer liegen? Der Reichsverleumderverband ist auch hier sehr „arbeitsam“.

— Ein neues Arbeiterheim. In Ottakring (Wien) ist am Sonntag das neue Arbeiterheim eingeweiht und damit Wiens größter Saalbau seiner Benutzung übergeben worden. Der Saalbau, eine mächtige Eisenkonstruktion, ist vier Stock hoch und hat seine Basis drei Stock tief in der Erde. Im großen Festsaal können 2000 Personen Sitzplätze finden. Außerdem sind noch sieben kleinere Säle, die unter Umständen in größere verwandelt oder dem Festsaal und der Galerie angeschlossen werden können, vorhanden. Im ersten Stock unter der Erde befinden sich vier zum Volkskeller vereinigte Säle, ferner ein Vortragssaal, die Turnhalle und zwei weitere Klubzimmer, also wiederum sieben größere und zwei kleinere Räume, außerdem die Kegelbahn. Die zweite Etage unter der Erde faßt den Kohlen- und Weinkeller und die großartigen Anlagen für die Lüftung und Beheizung des Festsaales. Die in die Säle einzuführende Luft wird direkt aus den Gärten bezogen und durch einen Stollen, dem ein Filtrierapparat eingebaut ist, den Lüftungs-, bezw. im Winter den Heizungsapparaten zugeführt. Das dritte Untergeschoß endlich, das sich zehn Meter unter dem Trottoir befindet, enthält das Kesselhaus, den Bierkeller, Eiskeller usw. Alles in allem können im Ottakringer Arbeiterheim gleichzeitig eine Massenversammlung von 2000 bis 3000 Besuchern im großen Festsaale tagen und außerdem 14 kleinere Veranstaltungen abgehalten werden. Der Garten faßt auch noch bequem 1000 Personen, so daß gleichzeitig leicht 10 000 Personen im Hause und im Garten Platz finden können. Neben dem Saalbau sind auch einige Arbeiterwohnhäuser errichtet, die in allen ihren Einrichtungen als mustergültig bezeichnet werden können. Der prächtige Bau mit seinen ungeheuren Dimensionen zeigt, daß die Ottakringer Arbeiterschaft mit einem großen Selbstvertrauen der Zukunft entgegenblickt.

Gewerkschaftliches.

Die rückständigste Stadtverwaltung. In einer gut besuchten Versammlung nahmen am 8. d. M. die Berliner städtischen Gärtner und Parkarbeiter Stellung zu den Vorgängen in der letzten Sitzung der Parkdeputation. An Stelle des nicht erschienenen Stadtverordneten Gen. Zubeil referierte Gewerkschaftssekretär Wutzky. Der Redner übte scharfe Kritik an der Parkverwaltung, welche sich den Forderungen der Arbeiter auf Beseitigung der elften Arbeitsstunde stets widersetzt hat. Endlich bei der diesjährigen Etatberatung schien so etwas wie Scham über die Parkdeputation gekommen zu sein; denn sie ließ — gedrängt von den Arbeitern und den sozialdemokratischen Stadtverordneten — durch den Herrn Bürgermeister Reicke in der Stadtverordneten-Versammlung verkünden, daß der 6 Uhr-Arbeitschluß (bisher 7 Uhr) beschlossene Sache sei. Gegenüber diesem bündigen Versprechen kann der neue Ausspruch desselben Herrn Reicke in der letzten Deputationssitzung, daß sich der Arbeitszeitverkürzung neue Schwierigkeiten entgegenstellen, nur als ein Wortbruch bezeichnet werden. Die Behauptung, daß beim Sechsuhr-Feierabend für Ueberstunden 20 000 Mk. Mehrkosten entstehen, entbehrt durchaus der Unterlagen. Aber selbst wenn diese Summe erforderlich wäre, so dürfe sie nimmermehr Grund dafür sein, daß der vom sozialen Standpunkte geradezu skandalöse Zustand einer elftündigen Arbeitszeit aufrecht erhalten wird. Gegen diesen rückständigen Geist müssen die städtischen Gärtner und Parkarbeiter energisch Front machen. Redner empfiehlt nachstehende Resolution, welche nach lebhafter Diskussion einstimmig angenommen wurde und der Deputation übermittelt werden soll:

Die am 8. Juni zahlreich versammelten Gärtner und Parkarbeiter der Stadt Berlin haben mit Entrüstung Kenntnis genommen von dem Bericht über die Verhandlungen der letzten Deputationssitzung. Sie erheben energisch Protest gegen das in denselben in die Erscheinung getretene Bestreben, die bereits beschlossen gewesene Verkürzung der Arbeitszeit nicht durchzuführen.

Die Versammelten sehen zwischen diesem neuesten Standpunkt der Deputation und den Erklärungen des Herrn Bürgermeisters Dr. Reicke in der Stadtverordnetenversammlung am 25. März d. J. — nach welchen der 6 Uhr-Arbeitsschluß durchgeführt werden sollte — einen unlösbaren Widerspruch; denn die angeblich zunehmende Zahl der Ueberstunden bei Durchführung der so notwendigen Arbeitszeitverkürzung kann nimmermehr die jetzige Stellungnahme der Deputation begründen. Es dokumentiert sich darin lediglich ein bedauerlicher Mangel von sozialer Erkenntnis.

Die Versammelten erwarten daher mit Bestimmtheit, daß das vor der Oeffentlichkeit gegebene Versprechen eingelöst und unverzüglich die elftündige Arbeitszeit in der Parkverwaltung beseitigt wird.

Die Versammelten ziehen aus der bisherigen Behandlung ihrer berechtigten Wünsche aber weiter den Schluß, daß die städtischen Gärtner und Parkarbeiter sich auf ein Entgegenkommen seitens der Verwaltung durchaus nicht verlassen können, sondern nur durch Selbsthilfe ihre Sache zu gutem Ende zu führen vermögen. Nur durch die Kraft der gewerkschaftlichen Organisation ist die Besserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu erreichen. Es wird daher jedem Kollegen zur Pflicht gemacht, sich dem Verbande anzuschließen und für die Ausbreitung desselben energisch tätig zu sein.

Achtung, Porzellanarbeiter! Die Porzellanfabriken Sitzendorf und Unterweißbach bei Erfurt sperrten sämtliche Arbeiter aus. Weitere Betriebe folgen.

Ausgesperrt wurden die Bauarbeiter bei dem großen Gefängnisbau in Aichach (Oberbayern). Auf dem Bau wurden Kinder im Alter von 13 bis 16 Jahren und schwangere Frauen zum Tagelohn von 1 Mk. beschäftigt. Die Bauarbeiter forderten die letzten Tage nun einen Stundenlohn von 35 Pf.; daraufhin wurden sie kurzerhand ausgesperrt.

Ausland.

Oestreich. In den Ausstand getreten sind sämtliche Arbeiter der Lagerhäuser am Donaukai.

Belgien. Der Ausstand der Heizer greift immer mehr um sich. Die Streikenden beschlossen, alle Mittel anzuwenden, um die Arbeitswilligen zum Ausstand zu veranlassen.

Gewerbegericht Halle.

Vorsitzender: Stadtrat Kurth. Beisitzer: Maurermeister Otto Lingesleben, Unternehmer Möwes, Tischler Döring und Maschinenmeister Hache.

Einige Aufklärung fand die Sache des Tischlers Herfurth gegen den Tischlermeister Glaw — Geschäftsinhaberin Frau Glaw. Wie wir kürzlich berichteten, hat Beklagter dem Kläger 4.05 Mark vom Lohne vorenthalten, weil Kläger bei dem Anbringen von Jalousien am Hause des Rentiers Trautmann die frisch mit Oelfarbe gestrichene Fassade beschmutzt haben soll. Die dort für den Malermeister Wolf beschäftigten Maler hätten die Schmutzstelle überstreichen müssen und es sei dadurch ein Schaden von 25 Mark entstanden, so habe erst Herr Trautmann gesagt. Dann habe Trautmann dem Glaw einen Brief gesandt, nachdem er diesem zehn Mark wegen der entstandenen Schäden von seiner Forderung abzog. Der Kläger behauptete früher, Wolfs Gesellen hätten gesagt, dem Trautmann sei für das Nachstreichen vom Malermeister Wolf nichts in Anrechnung gebracht worden. Der als Zeuge geladene Trautmann war zur letzten Verhandlung wegen eines Krankheitsfalles in der Familie nicht erschienen und hatte eine Rechnung eingesandt, nachdem ihm Malermeister Wolf für die Nacharbeit 9.60 Mk. in Anrechnung gebracht habe. Man war neugierig, wann die Rechnung wohl ausgestellt worden sei und hegte Bedenken, daß dies nach der vorigen Verhandlung geschehen sein könnte. Laut Datum war aber die Rechnung am Tage vor der ersten Verhandlung ausgestellt worden. Die als Zeugen geladenen zwei Gesellen des Malermeisters Wolf sagten aus, daß die Fassade „sehr verfaut“ gewesen sei und daß sie zu dem Nachstreichen je fünf Stunden gebraucht hätten. Malermeister Wolf bekundet, er habe geglaubt, seine beiden Maler hätten zu dem Nachstreichen je sechs Stunden gebraucht. Er habe dafür pro Stunde 80 Pf., also 9.60 Mk. verlangt. Herr Trautmann scheint dann nach oben hin auf zehn Mark abgerundet zu haben. Der Kläger wies darauf hin, daß es unvermeidlich gewesen sei, bei dem Anbringen der Jalousien die Fassade nicht zu berühren. Andernfalls hätte die Gefahr des Abstürzens sehr nahe gelegen. In die Wohnung ließen die Herrschaften die Tischler häufig nicht hinein, wodurch es zuweilen unmöglich gemacht werde, die Jalousien von innen anzubringen. Der Rechtsbeistand des Klägers, Geschäftsführer Schnabel, wies darauhin, daß es übrigens auf Grund des bürgerlichen Gesetzbuchs unzulässig sei, dem Kläger vom Lohne etwas zurückzubehalten, da Kläger ein Einkommen von unter 1500 Mk. pro Jahr habe. Auf diesen Standpunkt stellte sich auch das Gewerbegericht, das den Beklagten verurteilte, dem Kläger den zurückbehaltenen Lohn von 4.05 Mk. zu zahlen und Beklagten auch die Kosten des Rechtsstreites zur Last legte. Begründend hieß es im Urteil: Gewiß sei die Fassade beschmutzt gewesen; es stehe aber nicht einmal mit Bestimmtheit fest, ob es der Kläger oder sein Mitarbeiter mehr oder weniger gewesen ist. Da die Arbeit, Anbringen von Jalousien, aber auch mit einer gewissen Lebensgefahr verbunden war, hätte man es begreiflich finden können, wenn die Tischler ab und zu die Fassade berührten, um sich festzuhalten. Meister Glaw geriet über das klare Urteil in eine derartige Erregung, daß er vom Vorsitzenden wiederholt zur Ordnung gerufen werden mußte.

Vertagt wurde die Klage der Fliesenleger (Maurer) Bongoll und Peter gegen den Unternehmer Neumann. Die Kläger verlangen wegen Nichteinstellung in die Arbeit Lohn für 14 Tage. Beklagter sagt, er habe die Kläger seinerzeit nicht weiter beschäftigen können und sie, um für Weiterbeschäftigung zu sorgen, an einen andern Unternehmer, der ebenfalls 60 Pf. Stundenlohn zahle, verwiesen. Jener Unternehmer habe sogar für die Fliesenleger noch Frühstück und ein paar Flaschen Bier geben wollen, aber das Streikkomitee habe sich dagegen erklärt, daß die Kläger dort arbeiteten. Schließlich hat aber Beklagter die Kläger, die sich ihm zur Weiterbeschäftigung zur Verfügung stellten, nicht wieder eingestellt. Behufs weiterer Aufklärung des Sachverhalts sollen zum nächsten Termin Mitglieder des Streikkomitees 2c. als Zeugen geladen werden.

Einen Vergleich schlossen die Empfangsbarone Heyne und der Zahntechniker Maus. Klägerin behauptete, fest engagiert worden zu sein, während Beklagter erklärt, die Dame sei nur auf Probe pro Monat mit 25 Mark engagiert worden. Beklagter zahlt der Klägerin acht Mark und letztere verzichtet auf weitere Forderungen.

Anerkannt wurden die Forderungen des Maurerpoliers Winter und des Tischlers Voigt von dem Unternehmer Weimar. Beklagter will die schuldigen Lohnbeträge von 76.49 Mk. und 32.30 Mk. zahlen, sobald er Geld habe.

Verurteilt wurde der Tischlermeister Ihle, dem Tischler Raue 8.20 Mk. zu zahlen. — Gleichfalls verurteilt wurde der Inhaber der Keferneinschen Papierfabrik, dem Arbeiter Müller drei Mark zu zahlen. Jene drei Mark waren dem Kläger vom Lohne zurückbehalten worden, weil er im Betriebe wiederholt Schaden angerichtet haben sollte. Der Vertreter der Firma hatte auch behauptet, Kläger habe ausgeholzt. Die letztere Behauptung nützte aber nichts. — Einen Vergleich schlossen der Arbeiter Schön und der Kaufmann Schumann, der durch den Kläger benachteiligt sein wollte. Beide Parteien verzichten auf ihre Forderungen.

Abgewiesen mit seiner Forderung wurde der Tapezierer Garbe, der gegen die Möbelfabrik der Halleschen Tischlermeister wegen Nichteinstellung in die Arbeit und Zahlung eines Wochenlohnes klagte. Ueber den Sachverhalt haben wir seinerzeit ausführlich berichtet. Die Abweisung wurde damit begründet, daß Kläger sich erst von dem Verbande scheinbar abmeldete, nachdem er bei Preller vorstellig gewesen ist. — Ebenfalls abgewiesen wurde der Geschirrführer Thriene, der gegen den Rohschlächter Eckardt wegen kündigungsloser Entlassung klagte. Kläger hatte im Dienste mehr wie notwendig getrunken.

Gerichtssaal.

Schöffengericht.

Halle, 17. Juni.

Mauscheln, ein Glücksspiel. Ein hiesiger Gastwirt soll in seinem Lokale geduldet haben, daß von Gästen gemauschelt wurde. Er erhielt eine Anklage, berief sich aber darauf, daß höchste Gerichtsinstanzen — man denke an den Fall des Oldenburger Ministers Ruhstrat — solche Spiele nicht als Glücksspiele erklärt hätten. Beantragt wurden gegen den Gastwirt 50 Mk. Geldstrafe. Das Urteil lautete auf 25 Mk. ev. 5 Tage Gefängnis mit der Begründung, es könne gar nicht zweifelhaft sein, daß ein Spiel wie Mauscheln, bei dem es im Gewinn vom Zufall abhängt, ein Glücksspiel sei. Und da Einsätze von 1 bis 2 Mk. in Frage kamen, hätte der Angeklagte um so mehr wissen müssen, um was es sich handelte.

Unanständiges Betragen hatten eines Abends zwei Arbeiter auf dem Markt an den Tag gelegt. Der eine, ein schon mehrfach vorbestrafter Mensch, beleidigte ohne Anlaß ein des Weges daherkommendes Ehepaar. Als der Ehemann sich dieses verbat, wurde er noch mit einem Stocke geschlagen. Dann wurde des Ehemanns Frau von dem einen Beteiligten auch noch getreten. Der Geschlagene sollte sich mit einem gezückten Messer zur Wehr gesetzt haben, worüber die Beweisaufnahme aber nichts bestimmtes ergab. Während die Verletzten sich nach der Polizei umschauten, verschwanden die Täter, von denen der eine zu sechs Wochen Gefängnis, der andere zu 15 Mk. Geldstrafe verurteilt wurde.

Ein Bauwerk ohne polizeiliche Genehmigung sollte ein Unternehmer von Döhlau durch Errichtung eines Arbeiter-Unterkunftsraumes aufgeführt haben. Er bestritt dies. Da aber das Bauwerk direkt auf dem Erdboden stand und sich zwischen dem Unterboden des Bauwerks und dem Erdboden kein Luftraum befand — eine Bude, die nur mit den Füßen auf dem Erdboden steht, gilt nicht als Bauwerk — wurde der Angeklagte zu 3 Mk. Geldstrafe verurteilt.

Ein teures Oberhemd. Ein sogen. besserer Kaufmann von Gera hatte sich aus einem hiesigen Weißwarengeschäft ein Oberhemd für 10.50 Mk. schicken lassen. Da das Hemd einen kleinen Fleck hatte, stellte der Empfänger es dem Absender zur Verfügung mit dem Bemerken, er sollte es liegen lassen bis es schwarz werde. Auf eine ihm erteilte Antwort, verbat er sich schnodderige Zuschriften und meinte, die Frechheit und Schweinerei der Lieferanten gehe doch zu weit. Der Inhaber des Weißwarengeschäfts klagte und die Folge davon war, daß der Kaufmann wegen Beleidigung zu 40 Mk. Geldstrafe verurteilt wurde. Nebenbei trägt der Verurteilte die Kosten und nebenher läuft noch ein Zivilprozeß, und das alles wegen des Oberhemds.

Bessere Damen aus Gesangsschule und Kaffeekränzchen beklagten sich jüngst wieder wegen Beleidigung. Ein Rechtsanwalt riet zum Gnten mit dem Hinweise, man möchte die Klagerei unterlassen; ist's geschehen, dann ärgere man sich nachher, wenn die Sache im Volksblatt stehe. Die Damen klagten aber doch. Die eine hatte nämlich zur anderen gesagt, man könne ihr die gemeine Lügnerin am Gesicht ablesen und die Angeredete hatte entgegnet, ihre „Freundin“ solle nur in den Spiegel schauen, dann sehe sie schon, was mit ihr los ist. Ein Mann hatte dazu verständnisinnig gesagt: „Du hast recht.“ Das Gericht kompensierte die Beleidigungen und erklärte die Damen für straffrei.

Mangelhafte Erziehung scheint die Ursache zu sein. Ein 12jähriges Schulmädchen von hier, deren drei Brüder bereits wegen Eigentumsvergehen in Fürsorgeerziehung gebracht worden sind, stahl im März zwei Schulkindern, die bei Kaufleuten Einkäufe machen sollten, ihr Geld im Betrage von ein und zwei Mark. Ferner hielt sie eines andern Tages ein kleines Mädchen, das 1.20 Mk. in Papier gewickelt in der Hand trug, mit den Worten an: „Der Polizist dort hat mir gesagt, Du sollst Dein Geld rausgeben! Ein Mädchen hat ihres verloren, und Du hattest's wahrscheinlich gefunden!“ Die Kleine gab erschreckt das Geld heraus, obwohl sie es von ihrer Mutter zum Einkäufemachen erhalten hatte. Das Gericht tadelte das Verhalten des Mädchens als recht raffiniert; allem Anschein nach sei sie trotz ihrer Jugend schon sehr verdorben. Sie wurde mit einem Verweise und zu zwei Tagen Gefängnis bedingt verurteilt.

Geisteskrank. Ein hiesiger Fleischermeister hatte einem hiesigen Justizrat, der die Scheidungsklage seiner Frau gegen ihn vertreten hatte, durch ganz außergewöhnlich grobe Briefe beleidigt. Wir haben über den Fall bereits früher berichtet. Die damalige Verhandlung wurde vertagt, da der vom Vorsitzenden als „in Wahrheit saugrob“ bezeichnete Inhalt der Briefe Zweifel an der geistigen Zurechnungsfähigkeit des Angeklagten aufkommen ließ. Der geschmähte „Linksanwalt“ wurde sogar „Meuchelmörder“ und dergl. geschimpft und sein Bureau eine Verbrecherspelunke genannt. Auch seine junge Frau hat der Angeklagte durch ganz außergewöhnlich grobe Reden und Vorwürfe schon nach achtwöchiger Ehe zur Scheidungsklage getrieben. Der Gerichtsarzt Prof. Dr. Schulze, dem der Angeklagte zur Beobachtung überwiesen war, erklärte ihn heute für geistesgestört. Er leide an Wahnideen, glaube sich von einem Komplott verfolgt u. dergl. m. Infolge dieses Gutachtens erkannte das Gericht auf Freisprechung.

Büchermarkt.

Die Kolonialpolitik und der Zusammenbruch. Von Parvus. Verlag Leipziger Buchdruckerei A. G. in Leipzig. Preis 1 Mk.

Parvus beleuchtet in diesem Werke den Wahlkampf kritisch und zieht die politischen Konsequenzen der Wahlen bezw. der neuen Zusammensetzung des Reichstages. Vor allem aber unterwirft er die kapitalistische Kolonialpolitik und die Zukunft der Kolonien einer eingehenden Prüfung.

Verantwortlicher Redakteur: Walter Leopoldt in Halle.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262190706 19-19/fragment/page=0003

Soziald. Verein f. Halle u. d. Saalkreis.

Donnerstag den 20. Juni abends 8¼ Uhr im Konzerthaus, Karlstraße 14

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Die gewerkschaftlichen Kämpfe der Gegenwart. Referent: Genosse Weickers-Halle.
2. Errichtung einer Zentral-Bibliothek.
3. Antrag des Vorstandes: „Das gegenwärtige Vereinsstatut einer Revision zu unterziehen".

Nichtmitglieder haben Zutritt.

Vereinsmitglieder wollen das Mitgliedsbuch zur Kontrolle vorzeigen.

Um zahlreichen Besuch bittet **Der Vorstand.**

:: Bitterfeld ::

Sonntag den 23. Juni nachmittags 3 Uhr

Gross. Gewerkschaftsfest

bestehend in

Konzert, Preisschiessen u. Kinderbelustigungen.

3½ Uhr: **Aufsteigen eines Riesen-Luftballons.**

Abends 7 Uhr: **Ball.**

Eintrittskarte 15 Pfg. **Das Gewerkschaftskartell Bitterfeld.**

Goldene Kette

Morgen Mittwoch:

Schlachte-Fest.

Früh 9 Uhr: **Wellfleisch.**

Wurst auch außer dem Hause.

Es ladet freundlichst ein **Fr. Sachse u. Frau.**

Rossplatz **Zum Jahrmarkt** Rossplatz

am 20. und 21. Juni

ladet zum Besuch der

Turnhalle

freundlichst ein

Meta Thurm.

„Kaffeegarten Trotha", Inhaber: Wilh. Henze.

Mittwoch und Sonntag, nachm. von 4 Uhr ab:

Familien-Konzert.

Eintritt frei!

Jeden Mittwoch u. Donnerstag von 2 Uhr ab stündl. Dampfer-Fahrten von der Weißenfelsbrücke nach dem „Kaffeegarten".

Apollo-Theater.

Direktion: **Gustav Poller.**

Gastspiel des „Hamburger Metropol-Theaters".

Dir.: **E. Ernau-Ewald.**

Allabendlich: Mit beispiellosem Lacherfolg:

Herzogin Crevette.

(La Duchesse des Folies-Bergère).

Schwank in 1 Vorspiel u. 3 Akten von Georges Feydeau.

Makulatur

zu haben in der **Genossenschafts-Buchdruckerei.**

Sanella,

vegetabile Reform-Margarine.

Einziges Produkt, welches von

Naturbutter

nicht zu unterscheiden ist.

Glänzende Anerkennungen aus allen Berufskreisen.

Infolge grossen Umsatzes **stets frisch** zu haben bei

F. Beerholdt,

Bechershof 8, dicht am Markt.

Fernruf 1040.

Hallesche Genossenschafts-Buchdruckerei

Anfertigung von Druckarbeiten aller Art für Vereine, Handels- und Geschäftsverkehr, in guter, moderner Ausführung bei schnellster Lieferung.

Halle a. Saale Harz 42/43 Fernruf 1047.

Speckige Alpen-Limburger Käse Pfd. 36 Pfg.
Feinsten Haide-Kunst-Honig Pfd. 22 Pfg.
Feine Molkerei-Butter Pfd. 110 Pfg.
Frische gesunde Eier Mdl. 68 Pfg.
Deutsche Emmenthal. Schweizerkäse saftig u. pikant Pfd. 90 Pfg.

F. H. Krause

Gr. Ulrichstr. 44 Steinweg 24
Leipzigerstr. 16 Dornburg. Str. 16
Alter Markt 18 Burgstrasse 111
Gr. Steinstr. 20 Reilstrasse 111
Thomasiusst. 40 Landsb. Str. 10.

Violetta-Parfümerie, Poststrasse 1, schräg über dem Leipzig. Turm.

Billigste Bezugsquelle für Wiederverkäufer, Restaurants 2c.

Aussergewöhnlich billige Preise für Toilette-Seifen und Parfümerien.

Schaufenster bitte zu beachten!

3 St. Glycerin- u. Mandelseife	nur 20 Pf.	3 Briefe engl. Heftpflaster	nur 10 Pf.
3 St. Veilchen- u. Lanolinseife	nur 24 Pf.	3 Dosen feinstes Lanolin	nur 17 Pf.
3 St. f. schöne Lilienmilchseife	nur 35 Pf.	3 St. Toilette-Bimstein	nur 17 Pf.
3 St. pa. Veilchenfettseife	nur 42 Pf.	3 St. seidene Riechkissen	nur 25 Pf.
(prachtvoll parfümiert).		3 St. Shampoing-Kopfwaschpulv.	32 Pf.
3 St Mandelkleienfett- u Lanolin-, Myrrhen-, Crêmeseife	nur 65 Pf.	1 Fl. Parfüm, simple	nur 9 Pf.
3 St. ff. echte Lanolinfettseife	nur 58 Pf.	1 Fl. Eau de Cologne, Double	nur 25 Pf.
3 St. Carbol-Teer-Schwefels.	nur 65 Pf.	1 Fl. Zimmerparf. u. Tannenduft	n. 50 Pf.
1 Fl. Franzbranntwein, f. gut	nur 40 Pf.	1 Fl. Lockenwasser	nur 28 Pf.
1 Fl. Ia. Bay-Rum, vorzüglich	nur 50 Pf.	1 Fl. Bartwasser m. Kamm	nur 40 Pf.

Nur streng reelle Qualitäten. Gewissenhafte kulante Bedienung.

Zahnbürsten, Kämme, Manicuren und alle Toilette-Artikel enorm billig.

Nur Karl Koch's Nährzwieback

kommt seiner Zusammensetzung u. Wirkung nach der Muttermilch gleich, wirkt ernährend u. gedeihlich, macht alle Verdauungsstörungen unmöglich; man gebe daher den Kindern, wenn sie gedeihen sollen,

nur

Karl Kochs Nährzwieback Herrenstr. 1.

Zu haben in 10-, 20-, 30- u. 60 Pfg.-Tüten in den Apotheken, Drogerien, Kolonialwarenhandlungen und in den bekannten Verkaufsstellen.

Kastenregale

2, 3 und 4 Meter lang, Warenschränke mit und ohne Schiebetüren, Fachregale, Ladentisch, Kontrollkasse verkauft billigst

Friedrich Pelleke

Telephon 2450. Geiststr. 25.

Papier- u. Pappenabfälle

kaufen jeden Posten

Kl. Brauhausstr. 20.

Albrecht Köttnitz, Zeitz,

empfiehlt sein großes Lager in

Herren- u. Knabengarderobe

zu soliden Preisen.

Freiwilliger Grundstücksverkauf.

Sonnabend d. 22. Juni abends 8 Uhr soll im Gasthof zu Ermlitz bei Schkeuditz das dem Maurerpolier Friedrich Engelmann gehörige Hausgrundstück mit Garten in Ermlitz Nr. 12 öffentlich meistbietend verkauft werden. Bedingungen werden im Termin bekannt gegeben.

Der Besitzer.

Nur echte **Henkel's Bleich-Soda** garantirt chlorfrei gibt halb blendend weisse Wäsche

Waschgefäße

dauerh., b. Zander, Gr. Klausstr. 12. Mitgl. des Rabatt-Spar-Vereins.

Macco-Unterzeuge

anspruchsl. Qualität., kauft man bei

Max Berndorff, Geiststr. 42.

Frische, kurzgepflückte

Kamillen

kauft in jedem Quantum **Wilhelm Kuhne, Große Märkerstraße 6/7.**

Lumpen, Knochen, Alteisen, Altgummi etc. kauft stets bei hohen Preisen **A. Samuel, Alter Markt 7.**

Weinberg

Täglich von 8½ bis abends 11 Uhr

gr. Konzert

vom Damen-Trompeter-Corps „Thuringia". **Emil Kunze.**

Wegen Geschäftsaufgabe

Linoleum,

Wachstuche, Tapeten,

zu **Spottpreisen**

Rathausstrasse 15.

Suche per sofort ordentlichen, ehrlichen **Hausburschen** bei gutem Lohn.

Friedrich Riedel, Merseburgerst. 83

Zuverl. Kirschbäter ges. Hebster Berger, Neukirchen b. Pelitz.

Standesamtliche Nachrichten.

Halle-Süd, Steinweg 2, 17. Juni.

Aufgeboten: Maurer Neubauer und Martha Frengel (Fleischerstraße 13 u. Dorotheenstraße 14). Telegraphen-Assistent Stenzel und Lucie Hankel (Düsseldorf und Zwingerstraße 15). Konditor Wagner und Elise Schade (Delitzscherstraße 11 und Landsbergerstraße 64). Assistent Bührig und Josepha Nehbein (Halle a. S. und Samter). Hermann Gröbel und Emilie Zobel (Hergisdorf). Arbeiter Zab und Emma Tantz (Döhren). Buchdruckereimaschinenmeister Horst und Marie Döring (Quedlinburg und Dommitzsch). Lehrer Stephan und Lina Weigelt (Halle a. S. und Meschkau). Hilfslademeister Schnabel und Lina Schaffroth (Halle a. S. und Wippra). Stellmacher Möhwald und Maria Erben (Ammendorf). Schlosser Hinzdorf und Marie Kaiser (Diemitz und Halle a. S.).

Eheschließung: Kaufmann Haupt und Anna Schliack (Gr. Ulrichstraße 16 und Geiststr. 13).

Geboren: Maurer Prescher S. (Kl. Sandberg 4). Arbeiter Krause S. (Schmiedstraße 20). Arbeiter Spindler T. (Spitze 20). Arb. Grimm S. (Klinik). Weichensteller Knöchel S. (Zwingerst. 10). Maurer Kahl S. (Herrenstr. 9). Arbeiter Lampe S. (Weißenerstraße 11). Arbeiter Krause T. (Jakobstraße 46). Schmied Zober T. (Lindenstraße 72). Schriftsetzer Apel T. (Lindenstraße 76). Schriftsetzer Wittke T. (Jakobstraße 27). Techniker Heine T. (Schwetschkestraße 5). Arbeiter Herrurth T. (Schützenstraße 21). Privatdozent Freie S. (Magdeburgerstraße 41). Kellner Claus T. (Königstraße 5). Stellmacher Reinhardt T. (Liebenauerstr. 102). Marktkehlfer Klostermann Sohn (Bäckerstraße 15).

Gestorben: Kaufmanns Leisegang Ehefrau Ida geb. Lohmeyer, 82 J. (Wörmlitzerstr. 5). Witwe Laura Goldschmidt geb. Braune, 70 J. (Brunswarte 9). Witwe Therese Martick geb. Rotzberg, 82 J. (Siechenhaus-Stiftung). Hüttenmanns Dölz Ehefrau Marie geb. Koch, 26 J. (Klinik). Schloßgärtners Winkelmann T., 5 M. (Klinik). Witwe Christiane Schulze geb. Kopp, 65 J. (Klinik). Schmieds Albrecht S., 11 M. (Augustastraße 15). Mühlenarbeiter Kietz, 55 J. (Große Schloßgasse 5). Witwe Johanne Gebenroth geb. Balke, 81 J. (Alter Markt 15).

Halle-Nord, Burgst. 38, 17. Juni.

Aufgeboten: Anstreich Moritz und Martha Schulze (Gr. Wallstraße 42 und Fleischerstr. 22). Former Schettig und Martha Henze (Weitzenburgstr. 2 u. 18). Stadtbahnschaffner Quilitzsch u. Natalie Meyling (Lessingstr. 24 und Gr. Steinstr. 22).

Eheschließung: Barbier u. Friseur Fölsche u. Helene Kürbis (Rosenfeld u. Wörthstr. 18).

Geboren: Arbeiter Härtel S. (Gabelsbergerstr. 21). Kgl. Strafanstalts-Pfarrer Niewerth S. (Am Kirchthor 20).

Gestorben: Schmieds Pohl Ehefrau, geb. Eisewicht, 46 J. (Trothaerstraße 75). Lokomotivführer a. D. Beckmann, 59 J. (Ludwig Wuchererstr. 63). Polizei-Sergeant Eberhardt, 35 J. (Göbenstr. 7). Handwerkskamm.-Assistent Wiegand, 49 J. (Lessingstraße 21).

Danksagung.

Allen lieben Verwandten und Bekannten sagen wir herzlichen Dank für die reiche Kranzspende und stille Teilnahme beim Begräbnis unserer Tochter Emma Funk. Besten Dank auch den Arbeiterinnen in der Raabe'schen Spinnerei und dem Verband der Fabrik- u. Hilfsarbeiter zu Halle.

Familie Kutscher u. Bräutigam.

Verlag und für die Inserate verantwortlich: August Groß. — Druck der Hallenschen Genossenschafts-Buchdruckerei (E. G. m. b. H.) Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219070619-19/fragment/page=0004

Beilage zum Volksblatt.

Nr. 140. Halle a. S., Mittwoch den 19. Juni 1907. 18. Jahrg.

Arbeiter und Genossenschaften.

Am gestrigen Montag hat in Düsseldorf die dreitägige Jahresversammlung des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine begonnen. Die Verhandlungen befassen sich mit dem Ausbau der Organisation, mit dem gemeinschaftlichen Einkauf dem Tarifabkommen mit den Gewerkschaften und dem Unterstützungswesen. Daß im Zentralverband deutscher Konsumvereine im Gegensatz zu dem ausschließlich bürgerlichen Schulze-Delitzsch-Crügerschen Verband höhere Gesichtspunkte maßgebend sind, als daß bloße Geschäft, das zeigen die Auseinandersetzungen über das Wesen der Genossenschaften, die in dem vom Sekretär Heinrich Kaufmann erstatteten Bericht über die Entwicklung des Verbandes im Jahre 1906 enthalten sind und denen wir folgendes entnehmen:

Die Genossenschaft ist bekanntlich eine Personengesellschaft von nicht geschlossener Mitgliederzahl. Sie hat kein bestimmt festgesetztes Grundkapital. Alle Genossen haben gleiche Rechte. Die Genossenschaft ist eine vollendete Demokratie. Der Zweck der Genossenschaft ist die Förderung des Erwerbs oder der Wirtschaft ihrer Mitglieder, also die Erzielung wirtschaftlicher Vorteile durch gemeinschaftlichen Geschäftsbetrieb. Der gemeinschaftliche Geschäftsbetrieb bedingt den gemeinschaftlichen Besitz der zur Führung des Betriebes notwendigen Arbeitsmittel und Arbeitsgegenstände und die Führung des Betriebes auf gemeinschaftliche Rechnung und unter gemeinschaftlicher Leitung. Die Konsumentin, die kaufende Hausfrau, wandert Straße auf und Straße ab, um im Schaufenster die Preise kennen zu lernen und dort zu kaufen, wo es ihr am günstigsten zu sein scheint. Das Mitglied des Konsumvereins hat keinen Blick mehr für die Schaufenster; es geht vertrauensvoll in die Verkaufsstelle seines Vereins und gibt dort seine Bestellung auf. Läßt die Bedienung oder die Qualität der Ware zu wünschen übrig, so sucht es sich nicht einen anderen Lieferanten, sondern tut eine Beschwerde in den Beschwerdekasten. Die Funktion des Einkaufs hat für alle Mitglieder der erste Beamte der Genossenschaft, der Geschäftsführer, in sehr großen Genossenschaften der besondere Einkäufer übernommen.

Die Uebertragung der industriellen wirtschaftlichen Funktion auf den genossenschaftlichen Betrieb geschieht nicht um irgend welcher Zukunftshoffnungen willen oder irgend welcher Theorie zuliebe, **sondern um des wirtschaftlichen Vorteils willen.** Wirtschaftliche Vorteile! Wie egoitisch und trocken das klingt. Und doch ist das für den Armen und Minderbemittelten, der sich der Genossenschaftsbewegung anschließt, nur ein anderer Ausdruck für **Linderung der Not, Minderung des Elends, Trocknen der Tränen, Erhöhung der Lebenshaltung, sittliche Hebung, wirtschaftliche Unabhängigkeit.** Der wirtschaftliche Vorteil ist die Achse, um die sich das ganze Wirtschaftsleben und alle wirtschaftliche Entwicklung dreht. In dem Maße, in dem durch die Uebertragung individueller Funktionen auf den gemeinschaftlichen Wirtschaftsbetrieb wirtschaftliche Vorteile erzielt werden, wird sich die Genossenschaftsbewegung entwickeln. **Diese Entwicklung kann keine Macht der Welt aufhalten.** Eine Form kann man vielleicht zerbrechen. Der Wille zum Zusammenschluß würde alsbald eine andere Form finden; ja heute schon ist es gelungen, ganz verschiedene Formen unseres Wirtschaftsleben smit dem Geiste der Genossenschaft zu erfüllen. Man möchte fast behaupten, es gibt keine Form, die nicht auch mit genossenschaftlichem Geiste erfüllt und ihrem Wesen nach zu einer Genossenschaft gemacht werden könnte. Die Entwicklung der Genossenschaftsbewegung kann aber auch keine Macht der Welt künstlich vorwärts treiben. Springt bei der Uebertragung der individuellen wirtschaftlichen Funktionen auf den gemeinschaftlichen Wirtschaftsbetrieb ein wirtschaftlicher Vorteil nicht heraus, so ist der Genossenschaftsbetrieb nicht lebensfähig und wird wieder zugrunde gehen. Nur in dem Maße, in dem der genossenschaftliche Betrieb dem individuellen Geschäftsbetrieb wirtschaftlich überlegen ist, wird er sich an dessen Stelle setzen. Ist er ihm auf der ganzen Linie überlassen — wofür wir zurzeit keine Beweise haben —, so wird das Ende dieser Entwicklung mit innerer Notwendigkeit eine genossenschaftliche Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung sein. Da die Genossenschaft ihrem Wesen nach eine Demokratie ist, und da der gemeinschaftliche Wirtschaftsbetrieb gemeinschaftliches Eigentum an Arbeitsmitteln, Arbeitsgegenständen und Arbeitsertrag darstellt, also Elemente des Sozialismus in sich schließt, so wird eine genossenschaftliche Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung in manchen Beziehungen sich dem heutigen Ideal der politischen Arbeiterbewegung, **nämlich einer demokratisch-kommunistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, nähern.** Es sind aber auch wesentliche Unterschiede vorhanden. Eine genossenschaftliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung würde auf dem freiwilligen Zusammenschluß beruhen und würde nur in dem Maße durchgeführt werden können, als durch den Zusammenschluß zu Genossenschaften wirtschaftliche Vorteile erzielt werden. Es würde jedem unbenommen sein, wenn er auf diese wirtschaftlichen Vorteile verzichtet, seinen individuellen Wirtschaftsbetrieb aufrecht zu erhalten.

Die Genossenschaft zeigt mithin ein eigenartiges Gemisch sozialistischer und individualistischer Bestandteile, und daher mag es auch kommen, daß jeder in ihr findet, was er zunächst sucht. Die Gemeinschaftlichkeit des Wirtschaftsbetriebes, das gemeinschaftliche Eigentum an Arbeitsmitteln und Arbeitsgegenständen ist zweifellos sozialistisch. Der Arbeitsertrag bleibt aber nur zum kleinsten Teil gemeinschaftliches Eigentum; zum größten Teil fließt er in das persönliche Eigentum der Mitglieder zurück. Der genossenschaftliche Betrieb selbst ist aber im gewissen Sinne ein kommunistischer und zwar jeder Genossenschaftsbetrieb — gleichgültig, welcher Genossenschaftsart. Es wird durch die Genossenschaft ein Teil individueller Funktionen von Personen sozialisiert, um die verbleibenden zu stärken und zu kräftigen.

Die Voraussetzung der Genossenschaftsbewegung ist auf der ganzen Linie eine bestimmte Höhe der Entwicklung einer kapitalistischen, individualistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Ob die genossenschaftlichen Formen berufen sind, die kapitalistischen zu verdrängen oder nur Lücken in den Zugen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung auszufüllen, läßt sich heute mit Bestimmtheit nicht sagen.

Die Sozialdemokratie hat den Wert der Genossenschaftsbewegung nicht immer gleich beurteilt:

Das Chemnitzer Programm (1866) freilich forderte noch Förderung und Unterstützung des Genossenschaftswesens, namentlich der Produktivgenossenschaften, damit der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit ausgeglichen werde. Auch das Eisenacher Programm (1869) verlangte staatliche Förderung des Genossenschaftswesens und Staatskredit für freie Produktivgenossenschaften unter demokratischen Garantien. Das Gothaer Einigungsprogramm (1875) erstrebte, um die Förderung der sozialen Frage anzubahnen, die Errichtung von sozialistischen Produktivgenossenschaften mit Staatshilfe unter der demokratischen Kontrolle des arbeitenden Volkes. Die Produktivgenossenschaften seien für Industrie und Ackerbau in solchem Umfange ins Leben zu rufen, daß aus ihnen die sozialistische Organisation der Gesamtarbeit entstehe. Das Erfurter Programm (1891) aber enthält über das Genossenschaftswesen nichts. Die Ansicht, daß die Genossenschaftsbewegung eine Seite des proletarischen Klassenkampfes sei, ist also eine Ansicht, die von der deutschen sozialdemokratischen Partei längst überwunden ist. Auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Berlin (1892) beschäftigte man sich wieder mit der Genossenschaftsbewegung, doch drehte sich die Debatte fast ausschließlich um die Produktivgenossenschaften. Wenn auch die Resolution, die gefaßt wurde, den allgemeinen Ausdruck „Genossenschaften" gebraucht, so sind doch in erster Linie die Produktivgenossenschaften, nach der neueren Systematik die Arbeitsgenossenschaften, gemeint. In der dort gefaßten Resolution wird die Gründung solcher Genossenschaften davon abhängig gemacht, daß genügende Mittel für eine gesunde und finanzielle Grundlage zur Verfügung stehen und Garantien für geschäftskundige Leitung und Verwaltung gegeben sind, ehe Genossenschaften ins Leben gerufen werden. Die Parteigenossen werden aufgefordert, überall den Glauben zu bekämpfen, daß Genossenschaften imstande seien, die kapitalistischen Produktionsverhältnisse zu beeinflussen, die Klassenlage der Arbeiter zu heben, den politischen und gewerkschaftlichen Klassenkampf der Arbeiter zu beseitigen oder auch nur zu mildern. Die vom sozialdemokratischen Parteitag 1898 in Hannover angenommene Resolution lautet:

> Die Partei steht der Gründung von Wirtschaftsgenossenschaften neutral gegenüber; sie erachtet die Gründung solcher Genossenschaften, vorausgesetzt, daß die dazu nötigen Vorbedingungen vorhanden sind, als geeignet, in der wirtschaftlichen Lage ihrer Mitglieder Verbesserungen herbeizuführen. Sie sieht auch in der Gründung solcher Genossenschaften, wie in jeder Organisation der Arbeiter zur Wahrung und Förderung ihrer Interessen, ein geeignetes Mittel zur Erziehung der Arbeiterklasse, zur selbständigen Leitung ihrer Angelegenheiten, aber sie mißt diesen Wirtschaftsgenossenschaften keine entscheidende Bedeutung bei für die Befreiung der Arbeiterklasse aus den Fesseln der Lohnsklaverei.

Diese Resolution entspricht einer ganz korrekten Marxistischen Auffassung. Auch die Stellungnahme der Partei zu den Wirtschaftsgenossenschaften ist korrekt. Es ist die Stellung einer wohlwollenden Neutralität. Sehr richtig wird die Errichtung von Wirtschaftsgenossenschaften abhängig gemacht davon, daß die nötigen Vorbedingungen vorhanden seien. Sehr richtig wird anerkannt, daß die Wirtschaftsgenossenschaften geeignet seien, in der wirtschaftlichen Lage ihrer Mitglieder Verbesserungen herbeizuführen. Zweifellos sind auch die Wirtschaftsgenossenschaften ein geeignetes Mittel zur Erziehung der Arbeiterklasse zur selbständigen Leitung ihrer Angelegenheiten. Das aber wird mit aller wünschenswerten Deutlichkeit gesagt: die Wirtschaftsgenossenschaften sind keine Seite des proletarischen Klassenkampfes, sie haben keine entscheidende Bedeutung für die Befreiung der Arbeiterklasse aus den Fesseln der Lohnsklaverei, wie die parlamentarische politische Arbeiterbewegung, d. h. die sozialdemokratische Partei, die es erstrebt. Die sozialdemokratische Partei erstrebt als Voraussetzung der Befreiung der Arbeiterklasse aus den Fesseln der Lohnsklaverei zunächst die Eroberung der politischen Macht, um mit deren Hilfe eine kommunistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung herbeizuführen.

Kann man mit allen diesen Ausführungen einverstanden sein, so weicht Kaufmann namentlich in dem Punkte von unserer Auffassung ab, daß er sagt, die Genossenschaft müsse es ablehnen, „sich zu einer Seite des proletarischen Klassenkampfes machen zu lassen", weil daraus sich innere Zerfleischung und gegenseitige Schwächung ergeben werde. Wir stimmen hierin vielmehr der Frankf. Volksstimme bei, welche dazu sagt: Wenn es gelingt, mit Hilfe der Verhältnisse die Masse der Bevölkerung allmählich von unten her klug, gebildet und klassenbewußt zu machen, so ist der Fall nicht ausgeschlossen, daß sich diese Masse ohne innere Zerfleischung und gegenseitige Schwächung aus dem Genossenschaftswesen als praktische Vorschule heraus freiwillig und in ihrer überwältigenden Mehrheit zur Uebernahme der Geschäfte für, und zur Unterordnung unter die neue Gesellschaftsordnung bereit erklärt — weil es ihr Vorteil ist.

Halle und Saalkreis.

Halle a. S., 18. Juni.

An unsere Postabonnenten!

Um die bei jedem Monatswechsel eintretenden Störungen in bezug der Zeitung zu vermeiden, bitten wir die werten Postabonnenten, schon jetzt ihre Bestellungen für den Monat Juli bei der betreffenden Postanstalt zu bewirken.

Bei solchen Postämtern, wo der Filial-Expedient des Ortes für mehrere Abonnenten bezieht, ist der **späteste** Aufgabe-Termin der **28. Juni.** Das

Volksblatt

kostet für Monats-Abonnenten 55 Pf. (ohne das Bestellgeld). Wir ersuchen deshalb die Post-Abonnenten, die Bestellung umgehend aufzugeben und für **neue** Abonnenten Sorge tragen zu wollen.

Jeder Arbeiter muß das **Volksblatt** lesen.

Aus der Stadtverordnetensitzung

Die gestrige Sitzung, die wiederum nur von drei Dutzend Stadtverordneten besucht war, verlief wie so viele andere, die nur geschäftliche Angelegenheiten zu erledigen haben. Außer einigen Petitionen, die entweder zurückgestellt oder durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt wurden, enthielt die Tagesordnung nur Bauprojekte, wovon das wichtigste die Errichtung eines Kinderspielplatzes im Osten war. Dem berechtigten Drängen der Bewohner des Ostens will der Magistrat nach-

Kleines Feuilleton.

Die Mißgeburt.

Von Gottlieb im Tag.

In Hamm eine Frau ein Kind bekam,
Das die Hebamme an sich nahm.
Vier Arme hatt' es, der Köpfe zwei,
Und totgeboren war's nebenbei.
Die Hebamme, auf Geld erpicht,
Dachte: „Dieses Monstrum begrab' ich nicht.
Ich setze es sorglich in Spiritus,
Weil das auf dem Jahrmarkt man zeigen muß."

Die weise Frau erhielt ihren Lohn;
Sie verlor alsbald ihre Konzession.
Da sprach ein weiser Mann: „Es ist hart,
Daß sie zur Strafe gezogen ward.
Das Ding besaß der Köpfe zwei,
Ein Abbild schien ihr's der Blockpartei,
Die totgeboren, das steht für mich fest,
Sich immer noch nicht begraben läßt,
Und die, in Spiritus gestellt,
Sich sehen lassen könnte für Geld."
So schön dies klingt, ich fragen muß:
Wer besitzt denn so viel Spiritus?

Ernste Wahrheiten sagt der amerikanische Romanschriftsteller Upton Sinclair seinen bürgerlichen Landsleuten. In seinem neuen Buche Die Industrie-Republik schreibt er:

Sind eure Zeitungen voll glühender Leitartikel, voll Nachrichten über die Bewegung und Schilderungen ihrer (der sozialistischen) Führer? Was habt ihr darüber zu sagen, was habt ihr dafür zu tun, außer Tag für Tag eine armselige klägliche Lüge zu wiederholen, mit welcher ihr versucht, die Massen eures Landes zu blenden und zu täuschen, daß diese furchtbare sozialistische Bewegung in Wirklichkeit überhaupt nicht eine sozialistische Bewegung sei, sondern nur eine Bewegung zu politischer Reform!

Ich glaube nicht, daß wir für immer schlafen werden; ich glaube nicht, daß die Erinnerung an Jefferson und Lincoln vergeblich zu uns sprechen wird; aber sicherlich gab es niemals in der ganzen amerikanischen Geschichte ein Zeichen so tiefer Erstarrung, einer so furchtbaren Entartung, wie diese Tatsache daß in einer solchen Krisis, als die niedergetretenen Millionen des Deutschen Reiches (bei der letzten Reichstagswahl) um ihre Befreiung von der Tyrannei militärischen und persönlichen Regiments stritten, nicht ein Hauch der Sympathie vom Volk der amerikanischen Republik zu ihnen kam. Und all unser Interesse, unsere ganze Aufmerksamkeit gilt jenem . . . (nun folgt eine Kennzeichnung Wilhelm II. so scharfer Art und von so amerikanischer Ungeniertheit, daß sie in deutschen Blättern auch nicht andeutungsweise wiedergegeben werden kann). Das Buch Sinclairs hat große Sensation gemacht. Upton Sinclair ist geboren am 20. September 1878 in Baltimore. Er besuchte das City-College in New York und später die Columbia-Universität. Im Jahre 1900 heiratete er Miß Meta H. Fuller. Upton Sinclair ist Verfasser von König Midas, Der Industriebaron und Der Sumpf. Er ist Vizepräsident der Intercollegiate Socialist Society. Im Herbste 1906 baute er das Socialist-Heim Helicon Hall für 46 Familien. Am 16. März 1907 wurde das ganze Gebäude durch Feuer zerstört. Alle Einwohner wurden gerettet. Man vermutet, daß das Feuer von einem Feind des Mr. Sinclair angesteckt wurde.

Die beiden kleinsten Affen besitzt die Gräfin Theodosia von Cottenham. Sie sind kaum so groß wie eine weiße Maus und stammen aus dem äußersten Norden Brasiliens. Hier, in den gewaltigen Urwäldern, leben diese Aeffchen in Rudeln von 20 bis 30 Individuen; sie sind im allgemeinen sehr furchtsam und ergreifen, wenn der Jäger naht, die Flucht; doch gibt es einzelne unter ihnen, die sich ihm furchtlos nähern, um ihn voll Neugier zu betrachten. Die beiden Pensionäre der Gräfin sind bereits ganz zahm und nähren sich von Früchten, besonders von Nüssen. Sie sind teurer als ihr Gewicht in Gold.

Der jüngste Rekrut. Kaum hat der spanische Thronerbe die ersten Windeln durchnäßt, so häufen sich auf sein junges Haupt bereits Amt und Würden. Aber auch Pflichten bleiben dem jungen Fürsten nicht erspart, und eine davon ist der militärische Dienst. Wie aus Madrid mitgeteilt wird, wurde sein Name in die Stammrolle des Regiments eingetragen, dem er später zugeteilt werden wird. Einstweilen trägt das königliche Kind die Nummer seines Regiments in Gold gestickt auf seinem Lätzchen. Außerdem wurde in der Kaserne ein Bett für den jungen Rekruten reserviert.

Für die Sammlung des Deutschen Sprachvereins dürfte sich eine Anzeige des Amtsgerichts Niederlahnstein eignen, in der es heißt: „Ueber das von der Witwe . . . beleibzüchtigte nachgelassene Vermögen des Verstorbenen wird gegen die Leibzüchterin das Konkursverfahren eröffnet."

Weiches Porzellan. Der berühmten französischen Porzellanmanufaktur von Sèvres ist es gelungen, die weiche Porzellanmasse, deren Rezept seit dem Ausgang des 18. Jahrhunderts verloren war, wieder herzustellen. Man hofft jetzt, die alte Manier, deren Erzeugnisse man in den Kunstgewerbemuseen mit Recht bewundert, wieder aufnehmen zu können.

160 000 Mark für ein Gemälde. Bei einer Kunstversteigerung, die bei Robinson und Fisher in London abgehalten wurde, erregte besonderes Interesse ein Gemälde von T. Lawrence: Die Unschuld der Kindheit, ein Phantasieporträt der Gräfin Julia Derby als Kind, das aus dem Nachlaß Peel stammte. Nach energischem Kampfe erstand es Werbheimer für 160 000 Mk.; dies ist der höchste Preis, der je auf einer Auktion für ein Bild von Lawrence gezahlt wurde.

Ueber die Frau als Verbrecherin veröffentlicht Vernon Harris eine interessante Studie. In Frankreich gibt es viermal mehr Verbrecher männlichen als weiblichen Geschlechts; in den Vereinigten Staaten ist das Verhältnis 12:1. In England stellt sich die Verbrecherstatistik dagegen sehr viel ungünstiger für die Frauen, besonders soweit die großen Verbrechen in Frage kommen. Den Grund sieht der Verfasser hauptsächlich in der Unmäßigkeit und dem Alkoholismus. So hat sich die Zahl der Verurteilungen von Frauen wegen Trunksucht von 54 348 im Jahre 1878 auf 60 211 im Jahre 1904 erhöht. Merkwürdigerweise sind in England auch viele Frauen wegen Falschmünzerei verurteilt worden. Auf Grund zahlreicher Beobachtungen macht Harris die Bemerkung, daß die verbrecherische Frau immer mur Verzehen einer bestimmten Art eingesteht, alles andern aber entrüstet bestreitet. Die Falschmünzerin fühlt sich beleidigt, wenn man den Verdacht äußert, daß sie Unterschriften gefälscht habe. Selbst im Gefängnis verzichten die Frauen nicht auf die kleinen Künste der Koketterie. Man hat Frauen beobachtet, die den Putz von den Wänden abkratzten, um ihn als Schminke zu benutzen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219070619-19/fragment/page=0005

kommen, indem an der Freimfelder Schule ein Anfang gemacht werden soll. Im Prinzip waren alle Redner damit einverstanden, nur wollten die Herren Hofmeister und Kobe eine Vertagung bis nächstes Jahr aus finanziellen Gründen. Einen entgegengesetzten Standpunkt nahm nur Herr Kobert ein, dem überhaupt nichts an Spielplätzen gelegen war. Denn es gebe im Osten genug Freies Land und Feld, wo sich die Kinder tummeln könnten. Als ob ein Feldbesitzer erlauben würde, sein Feld zusammenzutrampeln. Glücklicherweise wurden sämtliche Einwände für nicht berechtigt gehalten und der Spielplatz genehmigt. Die Kinder des Ostens bekommen also wenigstens zum Frühjahr einen Tummelplatz. — Für Entwürfe, Informationsreisen usw. zur Erweiterung des Schlacht- und Viehhofes wurden 2000 Mk. verlangt. Das war Genossen Thiele zuviel, wenn etwa der größte Teil für Reisen aufgewendet werden sollte. Jedoch wurde die Summe von der Mehrheit nicht für zu hoch gehalten. — Billig weggekommen wäre Herr Kuhnt, von dem der Magistrat nur 15 Mk. pro laufenden Meter für Straßenausbau nehmen wollte, anstatt 50 Mk., wie die Bestimmung darüber lautet. Die Versammlung konnte denn auch nicht einsehen, weshalb Herr Kuhnt um 35 Mark pro Meter besser wegkommen sollte als andere Anlieger und beschloß, ebenfalls 50 Mark pro laufenden Meter von Herrn Kuhnt zu nehmen. Auf eine sich hieran anschließende Anfrage des Genossen Thiele an den Magistrat, wie es sich verhalte mit dem städtischen Grundstück an der Kronprinzenstraße, das voriges Jahr der Landesfeuerversicherungs-Sozietät zu einem äußerst billigen Preise angeboten worden sei, erwiderte Herr Stadtrat Kramer, das Grundstück stehe der Stadt noch zu, da bis jetzt ein Kauf nicht abgeschlossen worden sei.

Dann folgte geschlossene Sitzung.

Die Volksparkkommission

vereinbarte gestern mehrere Vorbereitungen zur Eröffnungsfeier, die auf Wunsch an einem Sonnabend stattfinden soll, damit die zurzeit auswärts arbeitenden Streikenden sich an der Feier beteiligen können. Die Schlußabnahme des Baues wird zum 28. d. M. angemeldet werden, so daß sie innerhalb der darauf folgenden 8 Tage erfolgen muß. Wenn es den auf dem Bau noch beschäftigten Handwerkern möglich ist, ihre Arbeiten so zu fördern, daß bei der Schlußabnahme des Baues auch alle Nebenarbeiten beendet sind, würde die Eröffnungsfeier bereits am 6. Juli vor sich gehen können. Wahrscheinlich wird das aber erst eine Woche später der Fall sein. Vorerst ist Sonnabend, der 13. Juli zur Eröffnung in Aussicht genommen.

Ein Niedergeritten.

Folgender fast unglaublicher Vorgang hat sich am Sonnabend früh vor 6 Uhr in Ammendorf zugetragen. Ein am Streik bei der Firma L. Feger und Komp. beteiligter Schlosser wurde in der Nähe der Thomannschen Fabrik vom Gendarmen Bock zur Rede gestellt, was er hier zu suchen habe, worauf der Schlosser erwiderte, daß er sich in Halle Arbeit suchen wolle. Nach diesem kurzen unbedeutenden Wortwechsel ging dann das Pferd des Gendarmen (natürlich aus eigener Initiative) auf den Schlosser los und warf ihn hin. Eine vorübergehende Frau schrie bei diesem aufregenden Vorgang laut auf und äußerte sich in mißbilligender Weise. Einem besonders günstigen Zufall ist es nur zu verdanken, daß kein größeres Unglück dabei passiert und der Schlosser mit leichten Verletzungen und einigen blauen Flecken am Fuße davon gekommen ist. Der Gendarm ritt dann weiter, kehrte aber nochmals zu dem Schlosser zurück und fragte: „Na, ich denke, Sie suchen Arbeit", worauf der Verletzte entgegnete: „Jetzt suche ich mir einen Arzt und keine Arbeit."

Auch der Döllnitzer Gendarm sucht den Leuten zu imponieren. Mit dem Ausruf: „Dampfen Sie hier ab" verbindet er auch sogleich schlagende Beweise, wenigstens hat er einen Arbeiter einen leichten Schlag ins Gesicht versetzt. Ferner äußerte er zu einem anderen Arbeiter: „Jetzt sind wieder acht Arbeitswillige bei Feger gegangen, da haben Sie etwas verpaßt." Solchen nicht einwandfreien Handlungen der Gendarmen stehen die streikenden Arbeiter kühl gegenüber. Uns kann's so recht sein. Die Arbeiter werden dadurch aufgerüttelt und zum Nachdenken gebracht, daß wir uns im Klassenstaate befinden und daß nur durch Einigkeit und straffe Organisation etwas zu erreichen ist. Nur eine Frage möchten wir uns erlauben: „Wer gibt den Gendarmen" das Recht, in solcher Art und Weise gegen ruhige Staatsbürger vorzugehen.

Zum Kampfe im Baugewerbe.

Die Streikleitung der Zimmerer berichtet hierüber: Daß die Unternehmer der Zimmererbranche gewöhnt sind, daß ein Teil Abtrünniger bezw. Indifferenter ihnen Kausreizerdienste leisten und ihren ehrlichen und charakterfesten Kollegen den Kampf um bessere Existenzbedingungen, der doch für alle Berufsangehörigen geführt wird, erschweren, ist erklärlich. Daß aber bei der jetzigen Bewegung es noch solche gibt, die nicht erkennen wollen, daß sie sich selbst in das eigene Fleisch schneiden, wenn sie bei Unternehmern, wo sämtliche Zimmerer die Arbeit niedergelegt haben und fest stehen, den letzteren in den Rücken fallen, das ist tief bedauerlich und zeugt von großem ungesunden Egoismus. Das trifft zu auf die jeden Fortschritt hemmenden und der Aufklärungsarbeit widerstrebenden Kausreizerkolonne des Zimmermeisters Schulze.

Wurde schon vor einigen Tagen darauf hingewiesen, daß sich arbeitswillige Zimmerer verborgen lassen zu solchen Unternehmern, wo noch obendrein italienische Streikbrecher arbeiten, so wird jetzt gemeldet, daß Schulze an die Unternehmer Frommann, Becker und Pfeiffer dieses kärnliche Menschenmaterial liefert und für andere noch welches zusichert.

Die Streikenden werden sich aber auch mit dieser Scharfmachertaktik abzufinden wissen. Es kommt eine Zeit, wo die organisierten Arbeiter überall, auch bei Schulze, ausschlaggebend werden, dafür zeugt schon jetzt das einmütige Vorgehen der Maurer mit den Zimmerern und den Bauhilfsarbeitern.

Daß in den bürgerlichen Zeitungen in die Welt hinausposaunt wird, in Halle sei der Streik vorüber, ist eine der üblichen Verlogenheits- und Schwindeltaktiken der Unternehmer. Andererseits liest man täglich Inserate im Generalanzeiger behufs Einstellung von Zimmerern, um eventuell Uneinigkeiten in die Reihen der Streikenden zu tragen.

Als ein Streikender zur Information auf einer solchen Stelle war, wurde ihm bedeutet, für 53 Pf. anzufangen und aus dem Verband auszutreten. Der oben Genannte hat natürlich darauf verzichtet und dem Unternehmer derb Bescheid gesagt. Wie die Arbeitgeberverbändler versuchen, einen Keil in die Reihen der Kämpfenden zu treiben, beweist das „ins Haus bestellen" ihrer früheren Leute. Daß dabei nichts erzielt wird, müßte den Arbeitsvermittlern schon längst einleuchten. Das Ueberstundenwesen tritt während des Kampfes mehr denn je hervor. Nicht allein die italienischen Streikbrecher arbeiten von früh 5 bis abends 7 Uhr, sondern auch die hiesigen sogar bis 8 und 10 Uhr abends.

Angesichts der Tatsache, daß hier zirka 2000 Bauarbeiter um eine Verkürzung der Arbeitszeit heldenhaft ringen, ist es ein Skandal, wenn eine kleine Anzahl Arbeiter so blind ist und ihr die Allgemeinheit aufs höchste schädigendes Treiben nicht einsehen.

Es muß für die Unternehmer eine helle Freude sein, wenn die Arbeitswilligkeit der Kausreizer solche Blüten treibt.

Monatsbericht des Arbeiter-Sekretariats.

Das Arbeiter-Sekretariat Halle a. S. wurde im Monat Mai von 729 Personen in Anspruch genommen, wovon 53 in ein und derselben Sache wiederholt vorsprachen. Auskünfte wurden insgesamt 747 erteilt. Die Anfertigung von Schriftsätzen machte sich in 254 Fällen erforderlich, wovon 167 Steuerreklamationen waren. Die vorgebrachten Anliegen betrafen:

Arbeiter-Versicherung: Unfall-Versicherung 80, Kranken-Versicherung 17, Invaliden-Versicherung 34. Arbeits- und Dienst-Vertrag: Kündigung 21, Lohnforderungen 23, Lehrlingswesen 8, Gesindesachen 15, Seemannsordnung 1, Stellenvermittelung 1, Zeugnisse und Legitimationspapiere 13, Sonstiges 5. Bürgerliches Recht: Forderungen 22, Kauf 9, Abzahlung 2, Ehe- und Verlobungssachen 24, Unterhaltungspflicht 22, Vormundschaftssachen 14, Erbschaftssachen 30, Mietrecht 26, Schadenersatz und Haftpflicht 14, Lohnbeschlagnahme 4, Konkurs, Pfändung 11, Zivilprozeßwesen 12, Sonstiges 4. Strafrecht: Uebertretungen 9, Beleidigungen 27, sonstige Strafsachen 20, Strafprozeßwesen 9. Gemeinde- und Staats-Angelegenheiten: Steuersachen 209, Staatsangehörigkeit, Bürgerrecht 6, Trauung 1, Armensachen 8, Fürsorgeerziehung 4, Militärsachen 13. Arbeiterbewegung 5. Privat-Versicherung 6. Handels- und Gewerbesachen 3. Diverses 15. Nach Stand oder Beruf geordnet verteilen sich die Parteien wie folgt: Arbeiter 595, Ehefrauen 37, Witwen 30, selbstständige Gewerbetreibende 16, Arbeiterinnen 15, Dienstboten 12 (5 männliche, 7 weibliche), Lagerhalter 9, Lehrlinge 3, Pflegerinnen, Agenten, Verkäuferinnen je 2, Chorsänger, Theatermeister, Landwirt, Aufseher, Reisender, Werkmeister je 1. Von den Arbeitern waren 553 organisiert, die sich auf die einzelnen Verbände folgendermaßen verteilen: Barbiere 1, Bäcker 5, Bauarbeiter 52, Bergarbeiter 7, Bildhauer 1, Böttcher 5, Brauer 11, Buchbinder 1, Buchdrucker 18, Buchdruckereiarbeiter 2, Dachdecker 4, Fabrikarbeiter 52, Gastwirtsgehilfen 1, Gärtner 2, Gemeindearbeiter 3, Glaser 4, Handlungsgehilfen 3, Holzarbeiter 42, Konditoren 1, Kupferschmiede 9, Lagerhalter 9, Lithographen- u. Steindrucker 3, Lederarbeiter 1, Maler 13, Maschinisten und Heizer 4, Maurer 72, Metallarbeiter 120, Müller 9, Porzellanarbeiter 2, Sattler 3, Schneider 4, Schmiede 11, Schuhmacher 9, Steinarbeiter 1, Steinsetzer 6, Stukkateure 1, Transportarbeiter 45, Tabakarbeiter 5, Tapezierer 6, Textilarbeiter 1, Töpfer 5, Zimmerer 9. Ihren Wohnsitz hatten in Halle a. S. nebst eingemeindeten Vororten 566, Annaburg 3, Artern, Amsdorf, Ammendorf je 2, Altona 1, Bitterfeld 3, Böllberg, Beesen je 2, Bottendorf, Beuchlitz, Bergwitz, Beesenstedt, Burgliebenau, Braschwitz, Burghetzler, Bruckdorf, Bennstedt je 1, Crottitz 2, Cöln 1, Dürrenberg, Döllnitz je 2, Dieskau, Delitz a. B., Dölau, Diemitz, Dürrheim, Delitzsch je 1, Eisdorf 1, Friedrichsschwerz 1, Gutenberg 2, Grauschütz, Gertitz, Gimritz, Greppin je 1, Holzweißig 2, Höhnstedt, Herzberg je 1, Kleinkugel, Kelbra je 1, Lettin 5, Lochau 2, Laue, Lieskau je 1, Merseburg 6, Mücheln 2, Meinewelt, Mansfeld, Morl, Mötzlich, Mühlberg, Müllerdorf je 1, Nietleben 7, Naumburg 3, Nauendorf, Nebra, Nelschütz je 1, Oberröblingen 3, Osendorf, Osmünde je 2, Oppin, Osterholz, Osterfeld je 1, Passendorf 2, Piesteritz, Pröjen je 1, Querfurt 2, Radewell 5, Roitzsch, Rattmitz je 2, Rötlitz, Reideburg je 1, Sangerhausen 4, Schkeuditz 3, Schwoitzsch, Schlettau je 2, Schraplau, Stedten, Schönewitz je 1, Teutschental 5, Thürungen, Teicha, Thondorf, Trebnitz, Taucha je 1, Weißenfels, Wettin, Wörmlitz, Wittenberg je 2, Wegwitz, Wallhausen, Wetlitz, Wansleben, Wetzmar, Wählitz, Wangen je 1, Zöberitz 3, Zahna, Zörbig, Zabenstedt, Zeckeritz, Zeitz je 1 der Parteien. Organisierte sind gezählt, bei jedem Besuch das Verbandsbuch vorzuzeigen.

---

* **Zur Nachahmung empfohlen.** Um eine bessere finanzielle Fundierung des Parteiunternehmens in die Wege zu leiten, d. h. sich mehr und mehr von der privatkapitalistischen Parteiunsgabe zu befreien, haben eine Reihe Gewerkschaften größere Summen zur Erwerbung von Anteilscheinen zur Verfügung gestellt, so die Metallarbeiter 10 000 Mk., Buchdrucker 1000 Mk., Kupferschmiede 450 Mk., Schmiede und Brauereiarbeiter je 200 Mk. Diese Anteilscheine werden mit vier Prozent verzinst. Möchten die übrigen Gewerkschaften diesem guten Beispiele folgen und ebenfalls nach ihren Mitteln Anteilscheine erwerben im eigenen Interesse und in dem ihres eigenen Heimes. Auch die Genossen werden nochmals zur reger Anteilseinnahme aufgemuntert

* **Der Finanzausschuß** hält am Donnerstag eine Sitzung ab mit folgender Tagesordnung: 1. Beihilfe für die erste Kinderbewahranstalt. 2. Ortsstatut über Erstattung dienstlicher Reisekosten. 3. Ehrengeschenk zur goldenen Hochzeit. 4. Verleihung einer Hospital-Kaufteile. 5. Beihilfe an die Waldverhoungsstätte Heide. 6. Sparkassen-Ueberschüsse aus dem Jahre 1906. 7. Annahme eines Kapitals zur Unterhaltung eines Erbbegräbnisses.

* **Der ins Wasser gefallene Fackelzug.** Wegen Meinungsverschiedenheiten innerhalb der studentischen Korporationen, die entstanden bei der Frage um Zulassung mehrerer wahrscheinlich nicht feudal genug angesehener Verbindungen, hat der Rektor der Universität den Fackelzug, der zu Ehren des Nationalheiligen Bismarck am 21. Juni veranstaltet werden sollte, nicht gestattet. Ja, ja. Einigkeit macht stark und Deutschland, Deutschland über alles, berechnet nach der Couleurverbüchst.

* **Ein Pendant zur Schließung der Waldverhoungsstätte** am vorigen Sonntag. Wie wir gestern mitteilten, wurde zugunsten des Schützenfestrummels die Waldverhoungsstätte geschlossen. Ob mit oder ohne Einverständnis der Patienten, entzieht sich unserer Kenntnis, tut auch nichts zur Sache. Auf alle Fälle haben sich auch die Patienten die Schließung gefallen lassen müssen, die nicht mit dem ganzen Rummel sympathisieren. Nicht in Einklang zu bringen ist mit diesem Entgegenkommen das Verfahren, das von manchen Krankenkassen eingeschlagen wird, wenn einmal ein Patient unverschuldigt der Erholungsstätte fernbleibt. Ein solcher Fall ist jetzt zu verzeichnen. Ein Mitglied der kaufmännischen Ortskrankenkasse war infolge widriger Verhältnisse nicht in der Lage, am 9. Juni die Erholungsstätte zu besuchen, er blieb aber den ganzen Tag zu Hause und entschuldigte sich dann am nächsten Tage. Noch damit war die Sache nicht abgetan. Dem armen Teufel, der pro Tag nur 1,50 Mk. Krankengeld bezieht, wurde vom Rendanten obiger Kasse kategorisch eine Mark „Strafe" für das unverschuldigte Ausbleiben abgezogen, trotzdem der Patient keine Schuld daran hatte, daß er fehlen mußte. Wenn man auch auf regelrechten Besuch der Heilstätte gesehen werden muß, so ist doch zwischen den einzelnen Fällen zu unterscheiden und nicht nach Schema F. zu verfahren, um so weniger, wenn die Heilstätte selbst keinen Schaden davon hat. Das ist aber am 9. Juni nicht der Fall gewesen. Außerdem scheint nicht bei allen mit gleichem Maße gemessen zu werden. Denn ein anderes Mitglied derselben Kasse hat drei Tage ohne Entschuldigung gefehlt, ohne dafür Strafe zu zahlen. Wie wäre es nun, wenn die Kranken mit der Schließung der Heilstätte am Sonntag nicht einverstanden waren, hätte man deren Wünsche auch berücksichtigt?

* **Ein recht arbeiterfreundlicher Herr** scheint der Restaurateur Otto Straube, Neumarktstraße 6, zu sein. Als am Sonntag nachmittag ein Junge das Lokal des genannten Herrn betrat, um Sträußchen zu verkaufen, fragte ihn derselbe schon an der Tür barsch, was sein Vater sei. Auf die Antwort: „Arbeiter!" meinte Herr Straube: „Na, natürlich Maurer! nicht wahr? Der Spitzbube soll machen, daß er auf den Bau kommt und „klagen", damit er Euch ermähren kann" usw. Glücklicherweise scheint Herr Straube in der Lage zu sein, auf Arbeiterbesuch verzichten zu können. Wenn der Herr aber gewisse Gäste ragt, ob sie das ihm anscheinend sehr am Herzen liegende Schützenfest besucht haben, so mag ihm gesagt sein, daß organisierte Arbeiter es Herrn Straube und seinen Geistesverwandten überlassen, ihren Rummel nach Wunsch in Szene zu setzen. Ein aufgeklärter Arbeiter kann an solchem Rummel keinen Gefallen finden.

* **Ueberfahren** wurde von einem Fleischerwagen ein Schulknabe. Derselbe wurde von einem Dienstmann der Wohnung der Eltern zugetragen.

* **Richtigstellung.** Die Notiz in Nr. 137 unseres Blattes unter der Ueberschrift: Undank ist der Welt Lohn, bedarf in seinem ersten Teile einer Richtigstellung. Der Retter des Knaben aus dem Wasser des Trotzbaer Siedebruches hat keinerlei Entschädigung für seine Uhr gefordert, weil sie gar nicht beschädigt ist. Demzufolge konnte die Forderung auch nicht abgelehnt oder der Retter an den Lehrer verwiesen werden. Der Retter wollte lediglich Zeugen haben, damit eventl. von der Polizei aus bei der Behörde der Antrag auf Verleihung der Rettungsmedaille oder der finanziellen Entschädigung gestellt werden könne, weil dieses schon der siebente Fall einer Rettung aus Lebensgefahr war, die der Betreffende innerhalb weniger Jahre vorgenommen hat.

Ammendorf, 18. Juni. (E. B.) Montag früh kurz vor 8 Uhr verunglückte der Rangiermeister Nebe auf dem hiesigen Bahnhof dadurch, daß er von der Maschine stürzte und mit dem Kopf gegen einen Lichtmast anschlug. Besinnungslos fiel er zwischen die Loren, und nur einem Zufall ist es zu danken, daß er gleich weggezogen werden konnte, sonst wären ihm auch noch die Arme abgefahren worden. Auf einer Tragbahre wurde er zum Arzt gebracht, der ihm die Kopfhaut zusammennähen mußte. Was der Unfall noch für Folgen hat, bleibt abzuwarten. Der Bedauernswerte ist Vater von fünf Kindern.

Reideburg-Schönnewitz, 17. Juni. Zur Lokalfrage! Gastwirt Kersten scheint eigentümliche Mittel anzuwenden, um sich bei der Arbeiterschaft in gutem Andenken zu halten. Als gestern in seinem Lokale der Turnverein seine Versammlung abhielt, hatten sich auch einige bekannte Genossen, die Mitglieder des Vereins sind, eingefunden. Als Herr Kersten unsern Vertrauensmann erblickte, erklärte er demselben, daß er das Lokal verlassen solle. Da der Genosse aber glaubte, als Vereinsgenosse ein Recht zu haben, im Vereinslokal zu bleiben, leistete er der Aufforderung des Wirtes nicht gleich Folge. Herr Kersten wollte aber seiner Autorität den nötigen Nachdruck verleihen und ließ den Gendarm holen, um eventl. eine große Staatsaktion einzuleiten. Da aber inzwischen die Genossen dem Lokal freiwillig den Rücken gekehrt hatten, so kam es nicht dazu. Herr Kersten wird ja in Zukunft sehen, was er mit solchen Mitteln erreichen wird. So dumm sind doch die Arbeiter heutzutage nicht mehr, daß sie sich alles von den Gastwirten bieten lassen. Auch Herr Kersten wird die Erfahrung machen müssen, daß in diesem Kampfe um ein Versammlungslokal die hiesigen Arbeiter Schulter an Schulter zu kämpfen verstehen.

Dölau, 17. Juni. (E. B.) Unsere Gemeindevorsteher-Misere will noch nicht zur Ruhe kommen. Da in der letzten Gemeinderatssitzung am 4. Juni nur die Minorität die Neuwahl des Gutsbesitzers Rost zum Gemeindevorsteher vorgenommen hat, gegen die Nichtbestätigung des Landmessers Gindemann auch noch Beschwerde beim Bezirksausschuß eingelegt ist, hat der Landrat die Wahl des Gutsbesitzers Rost für ungültig erklärt und angeordnet, daß eine fernere Neuwahl bis zur Entscheidung über die Beschwerde zu unterbleiben hat.

Lettin, 17. Juni. Frauenversammlung. Auch in unserem Ort regt es sich unter den Arbeiterfrauen. So soll Sonntag, den 23. Juni, nachmittags 6 Uhr, im Gasthof zur Erholung eine öffentliche Frauenversammlung stattfinden. Genosse Bezirkssekretär Drescher-Halle wird in dieser Versammlung über das Thema: „Die Frau in der Arbeiterbewegung" referieren. Da wir Arbeiterfrauen für die Aufklärungsarbeit ein sehr großes Interesse haben, so wollen wir dafür eintreten, daß die uns noch fern stehenden Frauen unserer Ortschaft zu dieser Versammlung mit herangezogen werden, damit auch hier die Frauenbewegung festen Boden gewinnt. Alle Frauen seien daher heute schon auf diese Versammlung aufmerksam gemacht.

Friedrichsschwerz, 17. Juni. Sonntag, den 23. Juni, abends 6 Uhr, findet im Ganzschen Lokale eine Volksversammlung mit der Tagesordnung „Die Entwickelung der Konsumvereins-Bewegung und welche Vorteile bietet sie den Arbeitern" statt. Genosse Karl Jänicke-Nietleben, zurzeit Mitglied der Verwaltung des Allgemeinen Konsum-Vereins Halle, hat das gestellte Referat übernommen. Da in Brachwitz für den Distrikt Friedrichsschwerz und Umgegend vor kurzem eine Filiale des Allgemeinen Konsum-Vereins für Halle errichtet worden ist, so soll in Agitation für das fernere Gedeihen dieser Filiale eingetreten werden. Sorge ein jeder dafür, daß diese Versammlung recht zahlreich besucht wird. Da dieses Thema gerade für Frauen von Interesse ist, so sind diese ganz besonders dazu eingeladen.

Schwerz, 17. Juni. (E. B.) Ein gar zu stürmischer Liebhaber. Der 24jährige Arbeiter Johann Sermet aus Oestreichisch-Polen, zurzeit hier, begleitete in der Nacht zum 13. Mai nach einem Tanzvergnügen eine polnische Arbeiterin nach einem Nachbardorfe. Als er aber sehr wider Verhoffen vor der Tür der Arbeiterinnenkaserne kurz verabschiedet wurde, versuchte er der Sprödden mit Gewalt nachzudringen, indem er die verschlossene Kasernentür aus den Angeln hob. Der allzu feurige Liebhaber wurde wegen groben Unfugs zu acht Mark Geldstrafe oder zu zwei Tagen Haft verurteilt.

Stadtverordneten-Sitzung

Montag, den 17. Juni 1907, nachmittags 4 Uhr.

Vorsteher: Steckner.

Eingänge: Die Petition des Maschinisten Vogler, der bei seiner Tätigkeit im Elektrizitätswerk verunglückt ist und eine Rente erhält, mit der er nicht auskommen kann, wurde dem Petitions-Ausschuß überwiesen. — Bis Mitte September, also bis nach den Ferien, wurde zurückgelegt: die Petition der Handlungsgehilfen betreffend Erweiterung der Sonntagsruhe. — Neu eingegangen ist noch ein Tagesordnungspunkt. Aufhebung eines Gemeindebeschlusses betreffend Festsetzung einer Fluchtlinie. — Nach Bekanntgabe einer Anzahl Entschuldigungen wurde in die Tagesordnung eingetreten.

Dem Ausbau der Witte- und Röpzigerstraße zwischen Wegscheider- und Poestraße und der Wegscheiderstraße zwischen Witte- und Röpzigerstraße wurde zugestimmt

Ueber die Anlage eines Kinderspielplatzes im östlichen Teile der Stadt referierte Stadtv. Emmerz. Vier Jahres-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219070619-19/fragment/page=0006

faß sei die Umzäunung dazu gekommen. Es wird zu dem Platze die östlich an die Schule in der Freiimfeldestraße grenzende Parzelle des Hospitalackers in Aussicht genommen. Der Vorsteher des Hospitals hat sich bereit erklärt, das Land mit einem Flächeninhalt von 3060 Quadratmeter der Stadtgemeinde für einen jährlichen Pachtzins von 100 Mark zu überlassen. Es soll dazu eine Wasserleitung angelegt und ein Brunnen aufgestellt werden. Insgesamt werden 4550 Mark gefordert. Der Platz soll mit Strauchwerk umfaßt und mit schönen Bäumen bepflanzt werden. Der Bauausschuß empfehle ferner, den Spielplatz mit dem Schulhof durch eine Tür zu verbinden und bei dem Erweiterungsbau der Schule den Platz anzulegen, um später dort eventuell einen Park errichten zu können. Die Türe sei notwendig, um den Schulkindern den Spielplatz zur Verfügung zu stellen. Das Kollegium möge den Betrag von 4550 Mark bewilligen.

Stadtv. Hofmeister hat nichts gegen die Errichtung des Spielplatzes; er hält es aber finanzwirtschaftlich nicht für richtig, den jetzigen Etat mit dem Betrage zu belasten. Man möge den Spielplatz nächstes Jahr errichten.

Stadtv. Kobe rebet der Vertagung der Sache das Wort; ein Spielplatz von 1½ Morgen sei zu klein, man möge später ein Projekt mit drei Morgen bringen. — Der Vorsteher hält den Standpunkt des Stadtv. Hofmeister für bedenklich. Diesen Ausführungen stimmt auch Dr. Ribe zu: Nach Ansicht des Herrn Hofmeister könnte der Gedanke aufkommen, wir haben kein Geld. Das ist aber nach den Festlegungen im Etat nur formell der Fall. In Wirklichkeit haben wir Geld, und das Kollegium könne der Vorlage des Magistrats mit den Anträgen des Bauausschusses getrost zustimmen. — Auch Stadtbaurat Lammers bittet, der Vorlage zuzustimmen, da die Vorarbeiten zu dem Platze notwendig sind. Bäume müsse man im Herbst anpflanzen. — Stadtv. Meyer wünscht bessere und ausgedehntere Spielplätze für die Kinder. In der Anlegung von solchen Plätzen ist die versäumt worden. Uebrigens möge man die Plätze vor den Schulen, wie in der Torstraße, anlegen, alle Einzäunungen beseitigen lassen und dafür sorgen, daß die Plätze den Kindern auch vor und nach der Schule zur Verfügung stehen.

Der Referent Stadtv. Emmer wendet sich in seinem Schlußworte gegen die Befürchtungen des Stadtverordneten Hofmeister, die bereits vom Magistratstische aus widerlegt worden sind. Das Kollegium möge zustimmen. — Die Versammlung stimmte denn auch den sämtlichen Anträgen zu und bewilligte die 4550 Mark.

Die Genehmigung des über den Ausbau der nördlichen Strecke der Hordorferstraße mit dem Eisenbahn-Fiskus vereinbarten Vertrages wurde erteilt.

Zur Vornahme von Vorarbeiten über bauliche und maschinelle Erweiterungen im Schlacht- und Viehhof werden 2000 Mk. bewilligt. — Stadtv. Thiele fand den anscheinend zum größten Teil für Informationsreisen ausgeworfenen Betrag etwas sehr hoch und riet zur Sparsamkeit bei den Reisen. Es reisten doch nicht unentgeltlich Personen sondern Leute vom Fach. — Erster Bürgermeister Dr. Ribe hingegen war der Ansicht, es müßten sogar möglichst alle Mitglieder des Kuratoriums reisen; die Herren lernten durch die Reise und brächten Vorteile mit. — Stadtv. Thiele hielt an seinem Standpunkt fest, daß zur Besichtigung von derartigen Anlagen zwei oder höchstens drei Mitglieder des Kuratoriums genügten. — Die Summe wird bewilligt.

Die Grunderwerbskosten für die Baustelle der Volksschule in der Freiimfeldestraße werden im Betrage von 45 000 Mk. — pro Quadratmeter 10 Mk. — bewilligt.

Der Abänderung des Ortsstatutes vom 13. März 1900 zum Gesetz betr. die Anstellung der Kommunalbeamten vom 31. Juli 1899 wurde zugestimmt. Darnach sind die Feuerwehrleute als städtische Beamte mit einmonatiger Kündigung angestellt.

Abgelehnt wurde, daß die Kosten für den Ausbau der Bismarckstraße zwischen der Cecilienstraße und der nördlichen Seite der Ringstraße zu dem Preise von 15 Mk. Herrn Kuhnt pro laufendes Meter berechnet werden, wie der Magistrat vorschlägt. Es soll der geltende Satz von 50 Mk. pro Meter berechnet werden.

Von einer Mitteilung des Magistrats betr. die Zurückzahlung von Kanalanschlußgebühren für das Grundstück Talamtstraße Nr. 9 wurde Kenntnis genommen.

Eine Petition im Interesse des Herrn Kuhnt hatten zwölf Hausbesitzer in der Jakobstraße (zwischen Steinweg und Bertramstraße) eingereicht. Als 1901 die Straße von der Stadt auf Rechnung Kuhnts ausgebaut wurde, hinterlegte dieser 49 700 Mk. Garantiekaution. Er hat dann die Grundstücke frei von Straßenausbaukosten an die jetzigen Besitzer verkauft, hat sich aber dem Magistrat gegenüber nicht als Gesamtschuldner verpflichtet. Infolge des Prozesses der Stadt gegen Flade konnte die Veranlagung der Petenten zu den Straßenbaukosten erst voriges Jahr geschehen, und zwar erfolgte das zu dem neuen Satze von 50 Mk. pro Meter, nicht zu dem alten Satze von 15 Mk. Der Magistrat veranlagte auch nicht Herrn Kuhnt, wie die Petenten forderten, sondern jeden einzelnen Hausbesitzer mit 1700 bis 1900 Mk. Darüber fühlten sich die Hausbesitzer beschwert. Sie meinen, da sie ihre Häuser frei von Straßenausbaukosten gekauft haben, müsse sich der Magistrat lediglich an Kuhnt halten. Das ist ein Irrtum. Der Magistrat hat es nur mit den einzelnen Hausbesitzern zu tun. Diese müssen zahlen und können laut ihrer Kaufverträge sich nur an Kuhnt schadlos halten. Zu dem kommt, daß Kuhnt, wovon die Petenten nichts zu wissen scheinen, in einem Schreiben an den Magistrat ausdrücklich seine weitere Zahlungspflicht abgelehnt hat. — Ob die Veranlagung zu 50 Mk. pro Meter berechtigt ist, wird zur Zeit im Prozeßwege entschieden. Bis der Prozeß beendet ist, wird der Magistrat die Kosten nicht einziehen. Den Stadtverordneten blieb nach Lage der Sache nichts übrig, als über die Petition zur Tagesordnung überzugehen. Die Hausbesitzer müssen ihre Rechte Herrn Kuhnt gegenüber geltend machen, nicht gegenüber der Stadt.

Geschlossene Sitzung.

Angestellt wurde als Polizist Herr Paul Hoffmann II vom 1. Juni ab. — Als Magistratsbote wird Herr Wilhelm Schwarzkopf angestellt, gleichfalls ab 1. Juni. — An Stelle des Herrn Max Usfin, der sein Amt als Armenpfleger niedergelegt hat, wird Schmiedemeister Beyer, Landsbergerstraße 63, gewählt.

Schluß um 6 Uhr.

Aus den Nachbarkreisen.

Wenn keine Revisionen vorgenommen werden.

Naumburg, 17. Juni. (E. B.) Wegen Unterschlagung im Amte, Urkundenfälschung, Untreue und Betrugs hatte sich heute der frühere Schlachthofkassierer Oskar Alt von hier vor dem Schwurgerichte zu verantworten. Dem Angeklagten wurde zur Last gelegt, daß er sich in amtlicher Eigenschaft eine Unterschlagung städtischer Gelder in Höhe von zirka 5879 Mark habe zuschulden kommen lassen, daß er die darauf bezüglichen Bücher gefälscht habe, daß er ferner Gelder der Naumburger Schlachtvieh-Versicherungsgesellschaft in Höhe von 11 800 Mk. unterschlagen und den Fleischermeister Franz Freitag durch Vorspiegelung falscher oder Unterdrückung wahrer Tatsachen um 6000 Mk. betrogen habe. Die Beweisaufnahme ergab folgendes: Der Angeklagte, welcher gständig war, war seit 1. April 1898 Schlachthofkassierer und hatte bis 30. Juni 1906 die Bücher der Schlachthofkasse richtig geführt. Am 30. Juni 1906 verblieb in der Schlachthofkasse ein Ueberschuß von 2647 Mk., den er nicht abfieferte, sondern für sich behielt und einfach als Ausgabe buchte. Am 1. Oktober eignete er sich nochmals zirka 657 Mk. an, so daß in der Schlachthofkasse ein Fehlbetrag von 3250 Mk. entstand. Aus der sogen. Eiskasse des Schlachthofs, deren Gelder Alt ebenfalls anvertraut waren, entnahm er von Mai bis Oktober 2629 Mk. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob denn keine Revision stattgefunden habe, erklärte Alt, es seien am 25. jeden Monats Revisionen vorgenommen, Vierteljahrsabschlüsse seien dagegen nicht gemacht, auch sei er nicht verpflichtet gewesen, über die Gelder der Eiskasse Buch zu führen. Das Geld will er der Kasse entnommen haben, weil er für seinen Schwager, den Bäckermeister Götze, ein Haus in Zeitz gekauft habe und 6000 Mk. habe anzahlen müssen. Später sei er von seinem Schwager im Stich gelassen worden. Der Angeklagte war aber auch Vorstandsmitglied der Schlachtvieh-Versicherungsgesellschaft und hatte über die Gelder dieser Gesellschaft ein ziemlich weitgehendes Verfügungsrecht. Von seinem Bruder wurde Alt um ein Darlehn von 1000 Mk. ersucht. Sofort ging er zum Landwirt Allenburg, ließ sich das Sparkassenbuch der Schlachtvieh-Versicherungsgesellschaft geben und hob am 21. Januar 1905 1000 Mk. ab. Ihn Mai erhielt er das Geld von seinem Bruder wieder und hat es auch auf der Sparkasse wieder eingezahlt. Nach den Angaben des Angeklagten, der überhaupt die Unverschämtheit nur zum Vorteil seines Schwagers und seines Bruders begangen haben will (seinem Bruder z. B. habe er allein 21 000 Mk geliehen), hat der Bruder im Jahre 1906 wieder ein Darlehnsgesuch an ihn gerichtet, darauf habe er im August 1906 wieder 4500 Mk. abgehoben, im Dezember 4580 Mk., am 25. Januar 1907 noch 1300 Mk. Im ganzen sind von den Geldern der Schlachtvieh-Versicherungsgesellschaft 11 380 Mk. unterschlagen worden. —

Dann hat Alt mit dem Fleischermeister Franz Freitag ein Schwindelmanöver unternommen, wobei Freitag eine staunenswerte Vertrauensseligkeit an den Tag gelegt hat, die ihm allerdings 6000 Mk. kostet. Alt ist zu Freitag gekommen, hat ihm um ein Darlehn von 6000 Mk. ersucht und hat es auch erhalten, zur Sicherung hat er Freitag einen Hypothekenbrief über 10 000 Mk. übergeben. Dieser Brief gehörte aber nicht Alt sondern dessen Frau, welche zu der Verpfändung keine Erlaubnis gegeben hatte. Freitag hat nach seiner Aussage keinen Blick in den Hypothekenbrief getan. Später holte sich A. den Hypothekenbrief wieder unter dem Vorwande, er brauche ihn auf dem Gericht zu irgendwelchen Eintragungen auf kurze Zeit. Aber erst nach mehrmaligen Erinnerungen brachte A. den Brief wieder. Zuvor hatte er aber 4000 Mk. von der Hypothek gelöscht und einer anderen Hypothek von 12 000 Mk. das Vorrecht vor dieser zugestanden. Auch nach dem Wiedererhalten will Freitag keinen Blick in den Hypothekenbrief getan haben sondern hat dem Manne als Beamten volles Vertrauen geschenkt. Erst als über das Vermögen des Alt der Konkurs verhängt war und Frau A. ihren Hypothekenbrief zurückforderte, gingen dem mehr als gutmütigen Fleischermeister die Augen auf.

Interessant gestaltete sich auch die Vernehmung des Magistratskalkulators Zöllner. Er gab an, monatlich Revisionen vorgenommen zu haben, auch habe er gesehen, daß für die 2646 Mk. Ueberschuß vom 2. Vierteljahr, welche als Ausgabe gebucht waren, kein Beleg vorhanden war, doch habe ihm Alt das Geld dafür vorgelegt. Auf die Aeußerung des Vorsitzenden, daß dies ein Verfahren sei, wodurch der Unredlichkeit Tor und Tür geöffnet sei, erwiderte der Zeuge: Das wird öfter so gemacht! Auf die weiteren Fragen des Vorsitzenden, ob denn nicht vierteljährlich Abschlüsse gemacht worden sind, wodurch die Unregelmäßigkeiten hätten entdeckt werden müssen, und ob denn nicht unverhofft Revisionen stattgefunden hätten, erklärt Zeuge, daß die Abschlüsse dem Magistratsgehilfen übergeben worden sind, jedoch noch nicht revidiert seien, außergewöhnliche Revisionen hätten nicht stattgefunden. Der auch als Zeuge vernommene Kalkulationsgehilfe Borchert sagt aus, er habe in Abwesenheit Zöllners eine Revision vorgenommen und dabei zu Alt bemerkt, daß er zur ordnungsmäßigen Revision den Abschluß vom vorigen Vierteljahre haben müsse. Darauf habe ihm Alt gesagt, der Abschluß wäre schon an den Magistrat abgeliefert. Als der Vorsitzende den Zeugen fragte, warum er denn den Abschluß nicht vorgelegt habe, sagte Borchert, er habe sich damit begnügt, da von Zöllner nachgeprüft wird. — Nachdem die Schuldfragen verlesen waren, beantragt der Staatsanwalt, den Angeklagten in vollem Umfange für schuldig zu erklären und keine mildernden Umstände zuzubilligen, da sich Angeklagter in großem Leichtsinn in seine schlechte Lage begeben habe.

Der Verteidiger, Justizrat Hagemann, plädierte für mildernde Umstände und ging scharf mit der Art der Revisionen ins Gericht. Er führte u. a. aus, es sei bedauerlich, daß derartige Sachen vorkommen könnten, aber die beiden als Zeugen vernommenen Beamten treffe der schwere Vorwurf, daß sich einer auf den andern verlassen hat. Auch dadurch, daß Abschlüsse jahrelang gelegen haben, ohne revidiert zu werden, habe den Angeklagten zu seinen Taten verleitet. Er sei ein Mensch, der schnell Karriere gemacht habe und keine Gelegenheit gehabt habe, seinen Charakter zu stärken. Aber er habe gefunden, daß es mit der amtlichen Revision, so schönes immer klingt, recht traurig bestellt war. Bezüglich der Eiskasse sei keine richtige Kontrolle geübt, ja dem Angeklagten sei nicht einmal zur Pflicht gemacht, ordnungsmäßige Bücher zu führen. Daß die groben und plumpen Delikte, die sich Angeklagter hat zuschulden kommen lassen, nicht herausgekommen seien, daran sei nur die Sorglosigkeit seiner Vorgesetzten schuld. Bezüglich des an Freitag begangenen Betrugs erklärt der Verteidiger, es läge zwar ein Betrug vor, aber kein strafbarer, da Angeklagter keine Verpflichtung gehabt habe, dem F. mitzuteilen, daß er kein Anrecht auf den Hypothekenbrief habe. F. hätte sich selbst überzeugen müssen, er hätte zu vertrauensselig gehandelt.

Der Staatsanwalt beantragt wegen Unterschlagung drei Jahre, wegen Untreue 1½ Jahr, zusammengezogen zu vier Jahren Gefängnis und drei Jahren Ehrverlust. Das Gericht erkennt wegen schwerer Unterschlagung im Amte auf 2½ Jahre, wegen Untreue auf ein Jahr Gefängnis, zusammengezogen auf drei Jahre Gefängnis und drei Jahre Ehrverlust. Von der Untersuchungshaft werden drei Monate angerechnet.

Zeitz, 17. Juni. (E. B.) Der Sozialdemokratische Verein hält heute (Dienstag) abend seine Versammlung bei Kämpfe ab. Es wird über das sozialdemokratische Programm verhandelt. Genosse Winden wird über den grundlegenden Teil referieren. Die heutigen Forderungen werden in den nächsten Versammlungen besprochen werden. Pflicht aller Genossen ist es, die Versammlungen zu besuchen. Für die Frauen ist die Erörterung des Programms ebenfalls wichtig.

Weißenfels, 16. Juni. Zur Filialsteuer beschlossen die Stadtverordneten den Zusatz, daß der Höchstsatz der Steuer nur zwei Prozent des Ertrages der Filialen betragen darf. Die Steuer war vom Bezirksausschuß abgelehnt worden. Eine Ministerialverfügung machte die obige Bestimmung zur Bedingung für die Genehmigung der Steuer. Nun wird ja wohl der Wunsch der Kleinkrämer, die Warenhäuser und Konsumvereine doppelt zu besteuern, in Erfüllung gehen.

Zangenberg, 17. Juni. Zum Amtsvorsteher ernannt wurde der Dampfziegeleibesitzer Schnock in Aue Stellvertreter ist der Tongrubenbesitzer Morenz in Grana.

Es wär zu schön gewesen ....

Bockwitz, 17. Juni. (E. B.) Böse ins Wasser gefallen ist der Versuch der Kirchen- und Schulgemeinden, die Arbeiter unter dem Deckmantel eines wohltätigen Frauenvereins zum Boykottbruch zu bewegen. Wie beleidigend niedrig hatte man doch den Charakter und das Ehrgefühl der Arbeiter eingeschätzt! Rechnete man wirklich auf Besuch von Arbeitern und Arbeiterfrauen, warum wählt man da gerade unter den beiden Bockwitzer Sälen den boykottierten? Man wollte eben bekunden, daß man mit der schmählichen Rechtlosmachung der Arbeiter einverstanden ist. Dieser Vorwurf trifft den Frauenverein, der seine Arbeiterfeindschaft damit bekundet hat und seine Macher, Pastor und Kantor. Der Saal ist von Frauen und von der Schule dazu gezwungenen Kindern nur spärlich besetzt gewesen, und außer den Veranstaltern und einigen Krautern waren Männer nicht sehen. Herr Hermann hat sehr, sehr viel Licht verbrannt, aber herzlich wenig Bier verzapft. Er wird bald erkennen, daß ihm niemand die verloren gegangene Arbeiterkundschaft ersetzen kann.

Liebenwerda, 17. Juni. (E. B.) Ein Sieg der Organisation. Nach mehrfachen Verhandlungen gelang es den Töpfern mit Hilfe der Organisationsleitung einen Tarif festzulegen, welcher wesentliche Verbesserungen enthält. Die Tarifsätze werden ab 1. Juli gezahlt und sind bei dreimonatlicher Kündigung auf zwei Jahre festgesetzt worden. Wenn die Töpfer auch nicht alles erreichten, was gefordert wurde, so bedeutet der Tarif doch einen großen Fortschritt. Nun heißt es, das Errungene festhalten und weiter zu arbeiten, damit im geeigneten Moment besseres erzielt werden kann.

Bockwitz, 17. Juni. (E. B.) Ein Arbeiter-Radfahrerverein, der sich natürlich dem Arbeiterradfahrerbunde anschließen wird, ist nun auch hier gegründet worden. Diese Gründung ist um so mehr zu begrüßen, als hier ein bürgerlicher Verein besteht, der eine Anzahl Arbeiter als Mitglieder hat. Diese werden dem bürgerlichen Verein, der übrigens im boykottierten Hermannschen Gasthof sein Vereinslokal hat, nun hoffentlich den Rücken kehren. — Alle Arbeiter des Ländchens, die sich für den Arbeiterradfahrerverein interessieren, wollen sich nächsten Sonnabend 9 Uhr in Grögers Gasthof einfinden.

Naundorf bei Lauchhammer, 17. Juni. (E. B.) Schwindelhafte Reisegeschäfte haben schon oft in unserer Gegend ihr Unwesen getrieben. Die Vertreter der betr. Firmen ließen Bestellzettel unterschreiben, die oft nicht gelesen wurden. Darauf waren in der Regel fremde, oft sehr weit entfernte Gerichte als Zuständigkeitsgericht vereinbart. Nun wurden die Besteller mit anderen Dingen oder minderwertigen Sachen beglückt, sie verweigerten die Annahme und wurden dann von den Firmen verklagt. In den meisten Fällen war die Vertretung nicht möglich, es gab Versäumnisurteile und die Geschädigten hatten auch noch die hohen Kosten zu bezahlen. Ein hiesiger Former hat aber jetzt einer so operierenden Kottbusser Nähmaschinenfirma das Handwerk gelegt. Ein Reisender ging hier von Haus zu Haus und bot Pfaff-Nähmaschinen an, die Güte dieses gewiß renommierten Fabrikates über das Bohnenlied preisend. Der Former bestellte eine solche Maschine nach einem Prospektkatalog. Der Schein bezeichnete die bestellte Maschine als Winklerschiffchen und der Besteller fragte ausdrücklich, ob er da auch eine Pfaffmaschine erhalte, was bejaht wurde. Er bekam dann eine ganz minderwertige Maschine, die er zurückschickte. Es gab dann die üblichen Erinnerungen und schließlich Klage mit Termin in Kottbus. Der Former vertrat aber sein Recht, der Richter und Kläger hielten ihm vor, daß er doch unterschriftlich eine Winklermaschine bestellt habe und ebenso unterschriftlich bekannt habe, daß „mündliche Vereinbarungen" keine Gültigkeit haben. Der Former konnte aber den Nachweis bringen, daß er beim Kauf getäuscht worden war, und so mußte dann die „ehrliche" Firma die Klage zurückziehen und wird obendrein noch die großen Kosten der Beweisaufnahme und des Beklagten tragen müssen. Außerdem sind viele in unserem Dorfe gemachten Geschäfte nichtig. Ist auch diese Firma diesmal tüchtig hineingefallen, so kann doch nicht genug vor solchen fremden Reisegeschäften gewarnt werden.

Mühlberg, 17. Juni. (E. B.) Die erste Impfung der Kinder findet in diesem Jahre am 21. Juni nachmittags 1 Uhr im Ratskeller statt. Für kranke Kinder, welche nicht geimpft werden können, ist ein ärztliches Attest spätestens im Termin beizubringen. Privatimpfungen sind vorher anzumelden. Einfaches Wegbleiben vom Termin wird bestraft.

Falkenberg, 17. Juni. (Eig. Ber.) Verunglückt. Am Donnerstag früh wurde der 26 Jahre alte Fleischergeselle Müller im Gehöft seines Arbeitgebers auf der Treppe zur Schlafkammer tot aufgefunden. Der Verunglückte scheint auf der Treppe ausgegleitet und rücklings herabgestürzt zu sein. Die hintere Schädeldecke war zertrümmert.

Riesa, 17. Juni. (E. B.) Im Wasserfaß ertrunken. Am Freitag abend fand man im Garten des Gärtners Kirsten in einem Wasserfasse den 2½jährigen Sohn des Besitzers ertrunken auf. Wiederbelebungsversuche blieben erfolglos.

Strehla, 17. Juni. (E. B.) Selbstmord. Der 43jährige Arbeiter B. machte am Mittwoch seinem Leben durch Erhängen ein Ende. B. hatte eine Strafverfügung über drei Tage Haft von der Amtshauptmannschaft Oschatz erhalten. Er beantragte gerichtliche Entscheidung, hatte jedoch die Frist nicht eingehalten. Der Einspruch wurde verworfen. Darauf ging B. nach Hause und erhängte sich.

Zeithain, 17. Juni. (E. B.) Scharfschießen werden vom 17.—22. Juni abgehalten. Auf dem Infanterieschießplatz bei Haidehäuser finden die Schießen werktäglich von 7 Uhr früh bis 6 Uhr nachmittags statt. Die Feldartillerie hält ihre Uebungen südlich des Wülknitzer Weges an den Werktagen von 7—12 Uhr ab. Die Schießplätze und Gefahrenbereiche sind in dieser Zeit gesperrt.

Freyburg a. U., 16. Juni. Um drei Pfennig, von 15 auf 18 Pfg., haben die hiesigen Landwirte den Literpreis für die Milch erhöht. Die Herren verstehen es noch besser als die Hallenser. Und die Konsumenten — zahlen!

Piesteritz, 16. Juni. (E. B.) Angeschwemmt wurde unterhalb der Farbwerke die Leiche eines 19jährigen Mädchens. Die Unglückliche war am Freitag von Berlin gekommen und ist dann bei Luthersbrunn in die Elbe gegangen. Warum das Mädchen seinem Leben ein Ende machte, ist unbekannt.

Sangerhausen, 17. Juni. (E. B.) Blumenmarder sind jetzt in unseren Anlagen tätig. Es wurden eine ganze Anzahl Stöcke herausgerissen und mitgenommen. Es ist bedauerlich, daß einige Rohlinge Gefallen an derartigen Verwüstungen finden. Hoffentlich erwischt man die Täter.

Eisleben, 17. Juni. Sonntagsruhe für Aerzte. Die Aerzte der Stadt Eisleben und des Mansfelder Seekreises machen bekannt, daß sie die Sonntagsruhe einführen wollen. An jedem Sonntag wird nur ein Arzt zu Hilfeleistungen zur Verfügung stehen. Besuche im Hause der Kranken werden nur in besonders dringenden Fällen gemacht. Jeder Arzt ist an Sonn- und Feiertagen nur früh von 8—9 Uhr für eilige Fälle zu sprechen. Um 12 Uhr beginnt die Sonntagsruhe, die am Montag früh 7 Uhr endet. Die Adresse des jeweiligen diensttuenden Arztes kann beim Haus- resp. Kassenarzt in Erfahrung gebracht werden. Hilfeleistungen an Sonntagen müssen sofort bezahlt werden und zwar nach erhöhten d. h. doppelten Taxen. — Die Ruhezeit wird den Aerzten gewiß von jedermann gegönnt werden. Daß man aber doppelte Bezahlung nimmt, wird mancher nicht verstehen.

Dessau, 16. Juni. Liberal bis in die Knochen. Der Gemeinderat hat den von den Sozialdemokraten gestellten Antrag, die Löhne der im Vollbesitz ihrer Arbeitskräfte befindlichen Gemeindearbeiter innerhalb der nächsten drei Jahre auf 1050 Mark zu erhöhen und jedem Arbeiter 6 Tage Ferien zu bewilligen, abgelehnt. Man führte an, daß die Löhne der städtischen Arbeiter im richtigen Verhältnis zu denen der gewerblichen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219070619-19/fragment/page=0007

Arbeiter stehen müßten. Eine richtig „liberale" Anschauung. **Daß die Gemeinden vorbildlich für die Privatunternehmer sein sollen, werden diese Leute nie begreifen.**

Eisenfurt, 17. Juni. **Ein Streikbrechergang.** Auf dem Gute Gänsefurt bei Hecklingen verweigerten am Sonnabend gegen dreißig Sachsengänger (Russen) die Arbeit. Sie packten ihre Sachen und wanderten zum Bahnhof. Polizeibeamte „sorgten" dort für ihre Sicherheit. Nach etwa fünfstündiger Verhandlung wurden die Forderungen der Leute bewilligt. Der deutsche Landarbeiter aber läßt sich ruhig weiter ausbeuten!

Soziales.

Bergarbeiterlöhne im ersten Quartal 1907.

Wie die eben veröffentlichten Nachweise über die Bewegung der Bergarbeiterlöhne in Preußen für das erste Quartal 1907 ergeben, betrug im ersten Quartal pro Kopf die Zahl der Schichten und die Höhe des Lohnes:

	Verfahrene Schichten	Quartalsverdienst	Schichtverdienst pro Arbeiter
1905	67	237 Mk.	3.54 Mk.
1906	77	292 „	3.79 „
1907	76	318 „	4.19 „

Zu der niedrigen Schichtziffer des Jahres 1905 ist zu bemerken, daß damals im ersten Quartal der Bergarbeiterstreik die Fördertätigkeit lähmte. Im Vergleich zu 1906 ist der Durchschnittsverdienst um 26 Mark gestiegen. Der Verdienst pro Schicht und pro Arbeiter ist um —.40 Mk. hinaufgegangen. In den verschiedenen Bezirken des Steinkohlenbergbaues stellten sich Quartalsverdienst und Schichtverdienst im ersten Vierteljahr 1906 und 1907 auf Mark:

	Quartalsverdienst 1906	Quartalsverdienst 1907	Schichtverdienst 1906	Schichtverdienst 1907
Oberschlesien	229 Mk.	241 Mk.	3.16 Mk.	3.39 Mk.
Niederschlesien	227 „	238 „	2.98 „	3.20 „
a) nördl. Reviere	339 „	374 „	4.22 „	4.73 „
b) südl. Reviere	323 „	370 „	4.04 „	4.63 „
Dortmund	335 „	372 „	4.17 „	4.70 „
Saarbrücken	286 „	290 „	3.85 „	4.01 „
Aachen	323 „	353 „	4.23 „	4.54 „

Von den anderen Zweigen des Bergbaues weist noch der Erzbergbau und zwar hier der Siegener Erzbergbau eine Erhöhung des Lohnniveaus auf: gegen 284 Mark im ersten Vierteljahr 1906 verdiente ein Erzbergarbeiter im Siegerland 314 Mark im letztabgeschlossenen Quartal. In den anderen Bergbaubezirken betrug die Steigerung nicht überall zehn Prozent. Im mitteldeutschen Braunkohlenbecken ist der Lohn stellenweise sogar geringer gewesen.

Aus dem Reiche.

Leipzig. Ein verschwundener Rechtsanwalt. Seit Sonnabend wird hier der Rechtsanwalt Hugo Burckas I vermißt, was zu verschiedenen unkontrollierbaren Gerüchten Anlaß gegeben hat. Burckas hat sich dadurch in weiteren Kreisen bekannt gemacht, daß er in dem früheren Leipziger Bankprozeß im Namen einer Minorität gegen die Vergleichsbeschlüsse Anfechtungsklage angestrengt hat, die aber in allen Instanzen verworfen wurde.

Frankfurt a. M. Straßenunruhen. In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag kam es in der inneren Stadt wieder zu schweren Zusammenflößen, sodaß das 3. Revier von anderen Revieren Hülfe herbeirufen lassen mußte. Gegen 1/211 Uhr kam der Schlosser Heidel mit mehreren Kollegen in eine Wirtschaft in der Gelnhäuserstraße. Es kam bald zu einem Wortwechsel, der sich auf der Straße fortsetzte. Eine große Menschenmenge sammelte sich an, sodaß der Schutzmann keine Ordnung schaffen konnte. Er rief deshalb Verstärkung herbei. Die Menge verfuchte, den Schlosser Heidel, der verhaftet werden sollte, den Schutzleuten wieder zu entreißen. Die Schutzleute gingen nunmehr gegen die Menge mit blanker Waffe vor. Mehrere Personen wurden verletzt, darunter der Haupträdelsführer, der Schlosser Heidel. Er erhielt vier Säbelhiebe über den Kopf und den Rücken, die ihn schwer verletzten. Auf der Unfallstation, wohin man ihn brachte, benahm er sich so wütend, daß die Beamten ihn in eine Irrenanstalt bringen mußten.

Beuthen. Eine Familientragödie. Das tragische Geschick einer ganzen Familie machte im ganzen oberschlesischen Industriebezirk seit einigen Tagen viel von sich reden. Im benachbarten Zabrze starb vor kurzem die Tochter des Werkmeisters Piechotta. Der Vater erkrankte aus Gram hierüber und folgte am vergangenem Montag seiner Tochter ins Grab. Am Dienstag wurde die beklagenswerte Mutter wahnsinnig, mußte ins Krankenhaus gebracht werden, wojelbst sie in vergangener Nacht ebenfalls gestorben ist.

Stettin. Gestrandeter Dampfer. Der Dampfer Arnold der Griebelschen Reederei ist an der Westküste von Sanfterbai gestrandet, konnte aber nach erfolgter Ableichterung wieder flott gemacht und inzwischen in Kopenhagen eingeschleppt werden. Der Kapitän verstarb infolge der Aufregung unmittelbar nach der Strandung an einem Schlaganfall.

Vermischtes.

* **Vom Automobil.** Nach einer flotten Kneiperei ließ bei Frankfurt a. M. der Chauffeur eines 60pferdigen Opelwagens denselben mit 80-Kilometer-Geschwindigkeit laufen. Vorher hatte er die Tochter des Wirtes und deren Bräutigam zur Fahrt eingeladen. Bei einer Kurve überschlug sich der Wagen, und der Chauffeur wie das Brautpaar wurden sehr schwer verletzt. — Gleichfalls in Frankfurt a. M. wurde ein radfahrender Arbeiter von einem in wahnsinnigem Tempo fahrenden Auto überrannt. Sein Rad ging in Trümmer; der Arbeiter kam aber wunderbarerweise mit nur leichteren Schürfungen davon. Als ein Schutzmann den Automobilfahrer verhörte, gähnte derselbe gelangweilt und sah nach seiner Uhr. — Ein Chauffeur, der ein Kind totgefahren hatte, raste im schnellsten Tempo davon. Einige Arbeiter eilten ihm auf dem Rade nach, hätten ihn aber nicht einholen können, wenn das Auto nicht an einen Baum gefahren und in Trümmer gegangen wäre. — Bei Hagen rannte ein Auto gegen einen Baum. Die beiden Insassen wurden schwer verletzt. — Bei Wehen überschlug sich ein Automobil bei einer Kurve; der Führer Gebhardt wurde schwer verletzt. — In Düsseldorf wurde einem sechsjährigen Kinde durch ein Auto ein Bein überfahren und zerquetscht. — Bei Würzburg zerplatzte während schneller Fahrt eine Pneumatik. Der Fahrer Cordes, Vertreter der Gummifabrik Oberspree, brach das Genick und war sofort tot; Kaufmann Simon erlitt schwere Verletzungen. — In Elberfeld wurde der Arzt Kreuzmann aus Mertmann zu einer Woche Gefängnis verurteilt, weil er einen alten Mann überfahren und tödlich verletzt hatte.

* **Eine Dynamitexplosion** zerstörte einen Teil der portugiesischen Stadt Kovilla. Dreißig Menschen kamen dabei ums Leben.

* **Abgestürzt** sind am Sonntag, wie aus Graz gemeldet wird, zwei Touristen mit ihren Damen. Die Männer sind schwer verletzt; die Damen kamen mit leichteren Verletzungen davon.

* **Erschossen** hat in Preßburg (Ungarn) der Oberleutnant Zuary einen Wachtmeister angeblich infolge Versehens.

Gewerkschaftsleben im Bezirk des Volksblattes.

Arbeiterschutzkommission Naumburg. Sitzung am 29. Mai. Anwesend waren die Buchdrucker, Bauarbeiter, Fabrik- und Landarbeiter, Metallarbeiter, Dachdecker, Maurer, Zimmerer, Steinhauer, Steinsetzer und Steinsetzer-Hilfsarbeiter. Wegen zu geringer Mitgliederzahl nicht vertreten waren die Bäcker, Buchdruckerei-Hilfsarbeiter und Glaser.

Eingegangen war ein Schreiben der Gewerbe-Inspektion Merseburg über die Arbeitszeit im Steinmetzgewerbe. Das Schreiben sollte Auskunft geben über die gesetzlich festgelegte neunstündige Arbeitszeit, da diese hier noch nicht eingehalten wird. Jedoch enthält das Schreiben nur eine ungenügende Aufklärung. Die Hauptverwaltung der Gewerkschaft wird sich damit zu befassen haben. In Sachen der Dachdecker wurde angeregt, auch eine gewegelte zehnstündige Arbeitszeit einzuführen, da die Ueberzeit-Arbeit nur Anlaß zu Unfällen gibt. Besonders sind es die Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter unter 16 Jahren, die den Gefahren auch ausgesetzt sind. Die Arbeitszeit für diese ist — auch in den übrigen Bauberufen — eine ebenso lange, wie die der Gesellen. Junge Leute, welche eben die Schule verlassen haben, müssen zehn und mehr Stunden frondeu, obgleich dies den gesetzlichen Bestimmungen direkt entgegensteht. Besonders schlecht sieht es da im Malergewerbe aus, aber auch bei den Zimmerern, Maurern, Tischlern und andern ist es genau so miserabel. Manche Unternehmer gebrauchen die Ausrede, daß sie ihre Lehrlinge nicht länger als zehn Stunden im Gewerbe beschäftigen. Gewiß, aber das Grubenreinigen, Holzspalten 2c. staub noch Arbeit. Was will es bedeuten, wenn die Jungen von den Auftraggebern — die nicht immer die Lehrherren der Betreffenden sind — einige Groschen „Trinkgeld" erhalten? Davon können die Lehrburschen ebensowenig reich werden, wie von den Entschädigungen, die sie als Lehrburschen erhalten. Mancher der jungen Leute arbeitet, wenn er von der Ueberzeit-Arbeit kommt, auch noch zu Hause! Die in Naumburg und der näheren Umgebung wohnenden Lehrburschen sind noch schlechter daran. Da sie es nicht allzu weit von Hause haben, müssen sie noch etwas länger arbeiten, als die weiter entfernt wohnenden. Die näheren Umstände werden in der nächsten Sitzung ausführlicher behandelt werden. — Die Broschüre: Zehn Gebote für das Baugewerbe, soll jedem Organisierten ausgehändigt werden. Damit soll sich die nächste Kartellsitzung befassen.

Weiter wurden noch die Mißstände in der Wollwarenfabrik und in der Stöckerschen Waschanstalt kritisiert. In beiden Etablissements sind die Arbeitsräume in bezug auf Arbeiterzahl ungenügend. Sie lassen in hygienischer Beziehung viel zu wünschen übrig. Auch diese Sache soll in nächster Zeit mehr berücksichtigt werden. Mit den Gemeindearbeitern soll Fühlung genommen werden, damit diese sich einer verwandten Organisation anschließen, da die eigene Organisation hier keine genügenden Vertreter findet. Gerade diese Arbeiter haben unter der Herrschaft ihrer Aufseher schwer zu leiden. (11. 6.)

M. H.

Briefkasten der Redaktion.

Druckfehlerberichtigung. In der Besprechung der Aufführung im Apollo-Theater der gestrigen Nummer muß es natürlich anstatt Ostern gestern und nicht Pervisplage sondern Pervisplage heißen. Ebenso muß es in dem Bericht unter Teuchern, dritte Zeile von unten, heißen zweifellos statt zweifelhaft.

Büchermarkt.

Neue Zeit, Wochenschrift der deutschen Sozialdemokratie. Heft 37. Verlag P. Singer, Stuttgart. Einzelheft 25 Pf.

Süddeutscher Postillon. Nr. 13. Verlag M. Ernst, München. Preis pro Nummer 10 Pfg.

Fachblatt der Holzarbeiter. Heft 6 des zweiten Jahrgangs, Juni 1907. Herausgegeben vom Deutschen Holzarbeiter-Verband, Stuttgart.

Das Fachblatt für Holzarbeiter erscheint am 15. jeden Monats und ist gegen eine Mark pro Vierteljahr bei allen Postanstalten und den Verwaltungsstellen des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes zu abonnieren, sowie beim Verlag, Stuttgart, Adlerstraße 43.

Die Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung. Von Eduard Bernstein. Lieferung 4 und 5. Reich illustriert mit Bildern und Dokumenten aus der Zeit. 1. Teil: Vom Jahre 1848 bis zum Erlaß des Sozialistengesetzes. Berlin, Buchhandlung Vorwärts. 17 Lieferungen à 30 Pf.

Telephonischer Spezialdienst des Volksblattes.

Wien, 18. Juni. In einer sozialdemokratischen Versammlung wurde am Montag abend seitens der sozialdemokratischen Mitglieder des Reichsrats erklärt, sie seien bei Eröffnung des Reichsrats beim Kaiserhoch um deswillen von den Plätzen aufgestanden, um zu zeigen, daß die Krone bei einer volksfreundlichen Politik, wie es die Einführung des gleichen, geheimen und allgemeinen Wahlrechts gewesen sei, auch auf die Anerkennung der Arbeiter rechnen dürfe. — Der Beschluß, daß zwölf sozialdemokratische Abgeordnete der Thronrede beiwohnen sollten (siehe Hauptblatt unter Ausland) ist dahin abgeändert worden, daß es jedem ins freie Belieben gestellt worden ist, ob er die Thronrede anhören will.

Paris, 18. Juni. Clemenceau besteht trotz der Demission des Unterstaatssekretärs Viktor Anton auf Durchführung der Zwangsmaßnahmen gegen die Weinbauern.

Paris, 18. Juni. Die Kammer wird heute auf Antrag Clemenceau in die Beratung der Interpellation über die Lage der Weinbauern und der Maßnahmen der Regierung zur Aufrechterhaltung der Ordnung eintreten. Die Sozialdemokraten werden sofort antworten.

Paris, 18. Juni. Das 100. Infanterie-Rgt. in Narbonne, welches wegen seiner Kundgebungen für die aufständischen Weinbauern strafversetzt werden sollte, hat heute nacht das Lager demoliert und weigert sich entschieden, dem Befehle Folge zu leisten.

San Francisco, 18. Juni. Nach Verurteilung des Bürgermeisters Schmidt wegen Betruges und Urkundenfälschung wurde gegen 92 Polizisten und 96 andere Beamte Untersuchung wegen Urkundenfälschung eingeleitet.

Petersburg, 18. Juni. Der Zar hat dem Verband der russischen Leute für seine patriotische Haltung bei der Duma seinen Dank ausgesprochen. Dem Minister des Innern, Kirnowow, hat der Zar den erbetenen dreimonatlichen Urlaub bewilligt. — Infolge des von den Sozialdemokraten angekündigten Generalstreiks sind die Gardetruppen nach Zarskoje-Selo zurückgekehrt.

Moskau, 18. Juni. Bei vielen Mitgliedern der radikalen Organisation wurden strenge Haussuchungen gehalten. Selbst im Klubklokal der russischen Leute wurde nachgesucht. Zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen.

Warschau, 18. Juni. In einem Personenzug wurden von unbekannten Tätern 80 000 Rubel geraubt. Die Räuber sprangen bei Einfahrt des Zuges in die Station aus demselben und verschwanden. Eine Verfolgung blieb ergebnislos.

Letzte Nachrichten.

Schreckensherrschaft des Friedenszaren.

Petersburg, 18. Juni. Bisher wurden 26 sozialistische Abgeordnete und 6 Sozialrevolutionäre in die Peter Paulsfestung gebracht. — Die Presse ist den einschränkendsten Bestimmungen und Polizeiwillküren unterworfen worden, nicht nur in Petersburg sondern im ganzen Reiche.

Petersburg, 18. Juni. Die Regierung verheimlicht die ihr zugegangenen Nachrichten über gefährliche Bauernrevolten. Sie hofft durch rücksichtsloses Vorgehen die Unruhen unterdrücken zu können. — Ueberall macht sich große Ueberreiztheit geltend. Scheinbar ist freilich alles ruhig. Die Massenverhaftungen und Haussuchungen dauern fort. Die Furcht vor Bombenexplosionen ist groß.

Petersburg, 18. Juni. Golowin, der Dumapräsident, erklärte, trotz aller Einschüchterungen seitens der Regierung werde auch die dritte Duma nicht reaktionär werden. Gelänge das der Regierung trotzdem, so würde ihr das nichts helfen, da sie das Land nicht aus dem Elend befreien könne.

Odessa, 18. Juni. Hier wurden nach Auflösung der Duma 350 Angehörige von Abgeordneten der Linksparteien verhaftet. Die nationalen Patrioten vom „Verband des russischen Volkes" feierten die Dumaauflösung durch ein großes Bankett und durch einen Dankgottesdienst.

Riga, 18. Juni. Obwohl hier volle Ruhe herrscht, wenigstens äußerlich, wurden zahlreiche Haussuchungen und 25 Verhaftungen vorgenommen. Die Presse wurde unterdrückt.

Zum Fenster hinausgeworfen.

Berlin, 18. Juni. Gestern abend kam es in einem Hause in der Dieckstraße zwischen einem 22jährigen Tischler Leppenz und einem Stubenmaler zum Streit, in dessen Verlauf der Tischler vom Maler zum Fenster hinausgeworfen wurde. Der Tischler kam zum Glück nicht zu Schaden.

Verantwortlicher Redakteur: Walter Leopold in Halle.

Neu! Soeben erschienen: Neu!

Wandkarte Mittel-Europas

Preis 50 Pfg. Nach auswärts Porto zuzüglich.
Jeder Zeitungsleser, jeder Politiker ist Käufer dieser Karte.
Größe 100×75 cm. — Zusammenlegbar.
Bestellungen nehmen entgegen alle Austräger und die
Volksbuchhandlung, Halle a. S., Harz 42/43.

Damentäschchen

mit Kettenhenkel
0.45, 0.60, 1.—, 1.25, 2.— M.
Fantasietäschchen
3.—, 4.—, 5.— bis 15.— M.
Perltäschchen
1.—, 2.—, 3.— bis 18.— M.

C. F. Ritter,
Halle a. S., Leipzigerstr. 90.

Aber Männchen,
wie konnten wir uns nur so lange streiten?, wo wir dies Jahr unsere Sommerfrische verleben.
Ich war gestern in der Volksbuchhandlung, Harz 42/43 und habe mir den dort ausgestellten
Erdglobus
angesehen.
Der 33 Zentimeter im Durchschnitt messende Globus ist in 18 Farben ausgeführt und kostet 8.50 M., nach auswärts Porto zuzüglich
„Männe", ob wir eine Nordlandsreise- oder Mittelmeerfahrt machen, alle Dampferlinien, Hafen wo wir etwa anlaufen, sind genau auf dem Erdglobus angegeben.

Gutes Riemenleder
hat stets abzugeben
A. Samuel, Alter Markt 7.

Wie werde ich schön.
Von Minna Kube.
Preis 1 Mk.
Volksbuchhandlung.

Stoff-Reste für **Anzüge, Hosen** und **Damenkostümes**
welche sich in allen Farben und Längen ansammeln, werden zu billigsten Preisen verkauft.
Halle a. S. **H. Elkan,** Leipzigerstrasse 87.

Mittwoch **Schlachtefest.** P. Grosse, Zeitz, Pestalozzistraße 11.

Mittwoch Schlachtefest Marie Böttcher, Triftstr. 2.

Mittwoch Schlachtefest M. Fromme, Wolfstraße 20.

Theissen.
Unserm Sangesbruder
Herm. Rothe nebst Frau
zur silbernen Hochzeit die herzlichsten Glückwünsche.
Mehrere Mitglieder des Arbeiter-Gesangvereins.
A. R., H. B., A. T., H. E., F. R., A. P., A. K., E. K., A. H., F. M.

Verlag und für die Inserate verantwortlich: August Groß. — Druck der Halleschen Genossenschafts-Buchdruckerei (E. G. m. b. H.) Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219070619-19/fragment/page=0008